

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

139 (19.6.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10-gipflige Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 6-gipflige 8 Pfennig, 4-gipflige 6 Pfennig, 2-gipflige 4 Pfennig. Die 10-gipflige Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei Nichtentgeltung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen anderer Art tritt ein Ermäßigungssatz von 25 Prozent in Kraft. Bei Anzeigen anderer Art tritt ein Ermäßigungssatz von 50 Prozent in Kraft. Bei Anzeigen anderer Art tritt ein Ermäßigungssatz von 50 Prozent in Kraft.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Außerweltliche / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,80 Mark o. ohne Zusendung 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Einschreibepost 10 Pfennig o. Einschreibepost 6 mal wöchentlich 11 Pfennig o. Postkontonummer 2050 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, Hauptstraße 1, 2. Stockwerk, 23 o. Friedrichstraße 202 o. Postfach 111111. Druck: Hauptstraße 9, 2. Stockwerk, Postfach 111111. Telefon: 23. Karlsruher, Hauptstraße 2, Oberhaus, Hauptstraße 5

Nummer 139 Karlsruhe, Freitag, den 19. Juni 1931 51. Jahrgang

Katastrophopolitik der Volkspartei

Wie die Deutsche Volkspartei systematisch Deutschland und das deutsche Volk schwer schädigt

WTB. Berlin, 18. Juni. Auf einer Funktionärtagung der Christlichen Gewerkschaften Berlins sprach heute Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald über den Kampf um die Notverordnung. Vor Erlass der Notverordnung konnte die Reichsregierung keine klare Sprache darüber führen, da sonst eine Panikstimmung und restlose Zerstückelung des Kredits eingetreten wäre. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab dann der Minister eine Schilderung von den Wirkungen der Vertrauenskrise der letzten Woche. Die ausländischen Kreditgeber haben nach dem Beschluß der Deutschen Volkspartei, daß der Reichstag einzuberufen sei, in kurzer Zeit rund eine Milliarde Reichsmark an Devisen abgezogen. Darauf seien Kreditkündigungen in Höhe von etwa 2½ bis 3 Milliarden Reichsmark erfolgt. Der notwendige Ueberbrückungskredit, der mit den Banken schon vereinbart war, habe in Gefahr gestanden, weil die Banken erklärten, nicht mehr imstande zu sein,

den in Aussicht gestellten Betrag aufzutreiben. Angesichts dieser Gefahren habe die Reichsregierung auf ihrem Gesetzgebungswerk bestehen müssen und die Einberufung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses als gleichbedeutend mit ihrem Rücktritt erklären müssen, denn der gegenwärtige Reichstag sei zwar fähig, die Notverordnung und damit den ausgeglichene Etat zu beschließen, aber er sei nicht fähig, an Stelle der Notverordnung etwas Besseres zu setzen. Es handle sich um die Frage: Sollen dem Volke für einige Jahre harte Opfer auferlegt werden, um dafür die Grundlagen des demokratischen Staates über die größte deutsche Krise hinwegzuführen, oder soll der Staat einer Rechtsbittatur überantwortet werden, die dem Volke noch höhere Opfer auferlegen würde? Das sei die wahre Lage, und es gelte, bei der Betrachtung der Notverordnung dies im Auge zu halten.

Reparationsfrage wird aufgerollt

Macdonald-Henderson am 17. Juli nach Berlin

Sozialdemokratische Staatsmänner des Auslandes reisen uns die Hand

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der englische Außenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin endgültig angenommen. Sie treffen am 17. Juli in Berlin ein und werden bis zum 19. Juli in der Reichshauptstadt verbleiben. Voraussichtlich begeben sich Macdonald und Henderson dann zum Internationalen Sozialistenkongress nach Wien. Macdonald kommt am 17. Juli mit Flugzeug, während Henderson zuvor einige Tage in Paris weilte. Der Besuch der beiden englischen Staatsmänner, die in Deutschland ebenso freundlich und herzlich empfangen werden, wie der deutsche Reichkanzler und der deutsche Außenminister in England empfangen wurden, hat hohe politische Bedeutung. Er ist weit mehr als ein Höflichkeitbesuch, als der er nach außen erscheint. In Berlin werden die in Chequers begonnenen Beratungen über die Weltkrise und das Reparationsproblem fortgesetzt, und wenn auch nicht abgeschlossen, so doch einer gewissen Klärung entgegengeführt werden, die für den Verlauf der drei Tage später beginnenden Erörterun-

gen der Reichsregierung mit maßgebenden Herren der amerikanischen Regierung eine ziemlich Bedeutung haben dürften. Als Sozialdemokraten erfüllt es uns mit besonderer Freude, daß Mitglieder der englischen Arbeiterregierung Deutschland in seiner Not zuerst die Hand zur Abwehr der Wirtschaftskrise gereicht haben und weiterhin gemeinsam mit uns sich bemühen wollen, uns im Rahmen des Möglichen Hilfe angedeihen zu lassen. Zwar ist das Reparationsproblem noch nicht aufgerollt, aber daß es schon in aller nächster Zeit aufgerollt wird, steht heute außer jedem Zweifel.

Staatssekretär Stimson am 21. Juli in Berlin

WTB. Berlin, 18. Juni. Wie wir erfahren, wird der amerikanische Staatssekretär Stimson, der bekanntlich eine große Europareise zu machen beabsichtigt, am 21. Juli in Berlin eintreffen. Er wird vorher Rom und Paris besuchen und dann von Berlin nach London fahren. Das Datum seines Berliner Besuches ist besonders interessant, im Zusammenhang mit dem der neuen Zusammenkunft der deutschen und der englischen Staatsmänner. Stimson wird also schon zwei Tage nach dem Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin sein, und es wird bereits möglich sein, in den Besprechungen mit ihm die Ergebnisse der deutsch-englischen Aussprache zu verwerthen.

Der Kampf um einen französischen Panzerkreuzer

Paris, 18. Juni. (Eig. Draht.) In der Kammer begann am Donnerstag die Debatte über das Marinebauprogramm für das Finanzjahr 1931/32. Dieses Programm sieht die Inangriffnahme des Baues eines Panzerkreuzers von 2300 Tonnen, zwei kleinerer Kreuzer von je 7500 Tonnen und eines Transportschiffes bzw. vier Begleitschiffe vor, die zusammen etwa 1,3 Milliarden Franken kosten.

Im Verlauf der Debatte spielte der neue Panzerkreuzer „Deutschland“ eine große Rolle. Der von der französischen Regierung beabsichtigte Bau des 23000-Tonnen-Kreuzers ist als Antwort auf den deutschen Panzerkreuzer gedacht. Darauf wies der erste Redner, ein sozialistischer Abgeordneter sofort hin. Trotzdem wurde der geordnete Bau des Uminschiffes von fast allen Rednern kritisiert, selbst der sozialistische Abgeordnete äußerte Bedenken. Er erklärte schließlich, daß er für den Gesetzentwurf nur stimmen würde, wenn die französische Regierung sich mit allen Kräften bemühe, in Genf eine Herabsetzung der Flottenrüstungen durchzusetzen. Im Namen der sozialistischen Fraktion sprach sich der Abgeordnete Renaud gegen den Bau des Panzerkreuzers aus, weil der Bau angesichts der allgemeinen Abrüstungskonferenz für Frankreich sehr gefährlich sei. Die Folge davon werde sein, daß Deutschland den Bau der übrigen, ihm aus dem Vertrag von Versailles resultierenden Kreuzer beschleunigen würde. Zwischen dem Redner und Herriot entspann sich daraufhin ein Zweigespräch, in dessen Verlauf Herriot den geplanten französischen Kreuzer mit dem deutschen Kreuzer verglich, der allen übrigen Schiffen gleichen Tonnagen-Inhalts überlegen sei. Er sei zwar noch nicht davon überzeugt, daß Frankreich als Gegenwicht ein Uminschiff von 23000 Tonnen bauen müßte, aber man dürfe die Gefahren und die Anstrengungen Deutschlands nicht unterschätzen. Renaud erwiderte, daß vorläufig erst ein deutscher Kreuzer vorhanden sei und daß, wenn alle Länder in derselben Weise wie Frankreich vorgehen sollten, man schließlich wieder zu dem alten Rüstungswettlauf zurückkehren würde. Infolgedessen könnten die

Sozialisten den Gesetzentwurf nicht billigen. Der Berichterstatter der Marinekommission verteidigte das Bauprogramm und machte u. a. dafür die noch nicht ganz klaren Absichten Italiens auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaues geltend.

Im Verlauf der Beratungen sprach ferner der Sozialist Paul Boncour. Er hielt eine glänzende Rede, die fast von der ganzen Kammer mit großem Beifall aufgenommen wurde, obwohl sich der Redner ebenfalls gegen den 23000-Tonnen-Kreuzer aussprach. Er erklärte gleich zu Beginn, daß nach seiner Ansicht die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs das Scheitern der nächsten Abrüstungskonferenz zur Folge haben könnte. Er könne nur für das Flottenbauprogramm eintreten, wenn er wüßte, daß es dem Problem der Abrüstung dienlich sei. Frankreich habe sich nach dem Kriege von dem Bau großer Uminschiffe abgewandt, weil sich gezeigt habe, daß derartig starke Uminschiffe zu leicht verunfallbar seien. Es sei eine Lösung der Trägheit, wenn man den Bau des deutschen Kreuzers von 10000 Tonnen einfach mit einem neuen doppelten Tonnagegehalt beantwortete. Die französischen Marineingenieure hätten eine leistungsfähigere Lösung finden müssen. Ferner wies Paul Boncour darauf hin, daß Italien, das den Bau von Uminschiffen bis zum nächsten Jahre zurückgestellt habe, das Recht haben werde, Frankreich dafür verantwortlich zu machen, daß es noch einen stärkeren Kreuzer bauen müsse. Schließlich sei ein einziges Uminschiff nicht brauchbar. Man müßte mindestens eine Flotte besitzen. Wenn die Kammer den Bau dieses Schiffes billige, so billige sie später auch den Bau von weiteren drei oder vier Schiffen dieser Art. Ein solches Vorhaben werde auf der Abrüstungskonferenz alle Welt gegen Frankreich einnehmen. Die französische Regierung müßte in Genf die Initiative bei den Bemühungen um die Abrüstungskonferenz übernehmen.

Wirtschaftskrise in Frankreich

Moerit schreibt, daß die Weltwirtschaftskrise auch auf Frankreich übergriffe. Der Warenaustausch im Mai sei der schlechteste seit der Stabilisierung des Francs. Es scheine auch nicht, daß der Außenhandel im Juni günstiger ausfalle.

1 Milliarde Verlust seit 1. Juni

Konjunkturforschungsinstitut und Devisenlage

Das Institut für Konjunkturforschung stellte in einer Betrachtung über die Abnahme des Bestandes an Deckungsmitteln der Reichsbank sowie über die Diskonterhöhung abschließend fest, daß in jedem Falle der Reichsbank ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Herrschaft über den Devisenmarkt wieder zu erlangen. Möglichenfalls würde mit einer Restriktion eingeschritten werden. Auf alle Fälle besteht die Gefahr einer Marktentwertung nicht.

Zum Stand der Börse meldet der D3: Die Börse der letzten Zeit stand ganz unter dem Eindruck der ungeheuren Devisenverluste der Reichsbank, die seit Anfang Juni rund eine Milliarde Mark betragen und der dadurch bedingten gewaltigen Diskonterhöhung von 5 auf 7 Prozent. Allein am 12. Juni mußte die Reichsbank für annähernd eine halbe Milliarde Gold und Devisen abgeben. Wie sich jetzt herausstellt, ist diese starke Entblühung nicht nur auf den Abzug ausländischer Kredite, sondern vor allem auch darauf zurückzuführen, daß die Großbanken ihre Auslandsausgaben über Gebühr schonten und ihren Bedarf bei der Reichsbank deckten. Unter solchen Umständen werden sich Kreditrestriktionen kaum vermeiden lassen, da eine Diskonterhöhung kaum noch traubar erscheint. Der Devisenabfluß hat immer noch nicht aufgehört und wäre wohl noch größer gewesen, wenn nicht die New Yorker Federal Reservebank interveniert hätte. Unter solchen Umständen ist es bezeichnend, daß der Transferschluß sobald als möglich in Gang gesetzt werden soll, denn es ist heute nicht zu sagen, wie die notwendigen Transferbeträge für die Youngabzahlungen zum 15. Juli beschafft werden sollen. Die Reichsbank ist ohne jegliche Devisenreserven und kann die ohnehin schon knappe Notendeckelung nicht noch weiter verfrühen.

Das Berliner Tageblatt meldet zur Börsenlage am Donnerstag: „Es hat ganz den Anschein, als ob die deutsche Devisenkrise in einem fortschreitenden Abebbungsprozeß begriffen ist. Die Nachfrage nach Devisen hat seit gestern merklich nachgelassen, die Devisenbankverkäufe des Publikums, wie auch die Anschaffungen der Banken, sind sehr stark zurückgegangen. Verschleiernd wirken auch, was in den letzten 14 Tagen kaum mehr der Fall gewesen war, Devisen am freien Markt angeboten. Das hängt nicht nur mit einer ruhigeren Beurteilung der Gesamtsituation, sondern vor allem Dingen auch mit einer zunehmenden Nachfrage nach Marktsammen, die es rascher erscheinen läßt, einen Teil der vielleicht vorläufig angeschafften Devisenreserven zu realisieren.“

Die Sozialdemokratie verhinderte den Zusammenbruch

Durch die Mißtrauensstimmung mühte die Reichsbank vom 1. bis 16. Juni nicht weniger als rund eine Milliarde Devisen beschaffen. Doch die deutsche Wirtschaft und das arbeitende Volk Deutschlands fünf Minuten vor Zwölf von der drohenden Katastrophe weg in eine Atmosphäre zurückgeführt wurde, in der im Auslande neues Vertrauen für Deutschland wachsen konnte, das ist kein Verdienst des Reichskanzlers Brüning, das ist allein ein Verdienst der für das Schicksal der arbeitenden Massen sich verantwortlich fühlenden Sozialdemokratischen Partei, die freilich nicht zögern wird, den Saboteurspielen der Industrie und politischen Krisenmachern in der deutschen Unternehmerschaft, wenn die Zeiten wieder besser sein werden, die Quittung für ihr Verhalten zu überreichen.

Wir bedauern es, daß die Sozialdemokratische Partei auch manches aufmachen mußte, was die Reichsbankleistung hätte verhüten können. Dr. Luther hätte viel früher, da er auch Politiker ist, seinen politischen Freunden und den Unternehmern, besonders der Schwerindustrie in den Arm fallen müssen, und er hätte vor allem verhüten müssen, daß die deutschen Großbanken ihr eigenes Devisenvolster so schonen haben, wie es geschah, so sehr er sich auch gegen den Sturz wandte.

Abjluß des 250 Millionenkredits für das Reich

WTB. meldet: Die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits von 250 Millionen Reichsmark an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen sowie auch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Eingänge sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredits erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schah-anweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.

Enders Kabinettsumbildungsversuch gescheitert

Wien, 18. Juni. (Eig. Draht.) Der geschäftsführende Bundeskanzler Enders hat den Auftrag des Bundespräsidenten zur Neubildung der Regierung nicht angenommen. Er erteilte dem Bundespräsidenten eine Absage, nachdem die Sozialdemokratie es abgelehnt, den von Enders geforderten Vorschlägen ihre Zustimmung zu geben und sich gegen die Verabschiedung eines verfassungsändernden Gesetzes erklärte.

Neue Anleihe für die englische Arbeitslosenunterstützung

London, 18. Juni. Die Parlamentsfraktion der Liberalen Partei hat heute beschlossen, dem Gesetzentwurf über eine neue Anleihe für die Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen.

Hans Vogel gegen das Chaos

Eine Rundfunkrede des neuen Parteivorsitzenden

Der auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie mit zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählte Reichstagsabgeordnete Hans Vogel sprach am Donnerstag im Berliner Rundfunk über das Thema „Im Kampf gegen das Chaos“, wobei er u. a. erklärte:

„Die politische Unsicherheit hat namentlich in den letzten Wochen eine außerordentliche Zunahme der Lage herbeigeführt, die in den Verfassungskämpfen aus Deutschland ihren Ausdruck gefunden haben. Durch die Ankündigung und dann die Veröffentlichung der neuen Notverordnung mit ihren unerhörten Härten und Ungerechtigkeiten wurde die kritische Stimmung auf das Äußerste gesteigert.

Die Sozialdemokratie hat im Kabinettsrat die Einberufung des Haushaltsausschusses gefordert, weil die Reichsregierung gewisse, sofortige Milderungen in der Ausföhrung der Notverordnung und Verhandlungen zum Zweck der Abänderung der Notverordnung zu einem späteren Termin zugesichert hat. Es stand fest, daß die Regierung nach dem entsprechenden Beschluß des Kabinettsrates demissionieren würde. Es bestand gar keine Aussicht, daß eine neue Regierung an die Macht kommt, die sich der Einberufung des Reichstags bzw. des Haushaltsausschusses gegenüber weniger ablehnend verhält, oder auf einem anderen Wege Verbesserungen der Notverordnung durchföhren würde. Es war vielmehr mit der Gefahr zu rechnen, daß eine neue Regierung kraft des Beschlusses des Kabinetts-



Reichstagsabgeordneter Johann Vogel-Franken

rates den Reichstag ausschalten und in der Folge als eine diktatorische Macht regieren würde. Inzwischen wurde eine Regierungskrisis mitten in den Reparationsverhandlungen eine unmittelbare Verschlechterung bewirkt. Deshalb hat die Sozialdemokratie, nachdem die Reichsregierung Verhandlungen ausgesetzt hat, beschlossen, noch einen letzten Versuch der Abänderung der Notverordnung durch Verhandlungen zu machen. Sie hat damit ihr Heißestes getan, um die schlimmsten Katastrophen zu verhüten. Ihren Standpunkt zur Notverordnung und der gesamten Richtung der Regierungspolitik gegenüber hat sie nicht geändert. Sie sieht nach wie vor in dieser Politik keinen richtigen Weg aus der furchtbaren Not und zur Erleichterung der Überwindung der Krise.

Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen auf alle Einzelheiten, in denen die Notverordnung fehlerhaft, einzuweisen. Um diese Möglichkeit zu haben, hat die Sozialdemokratie gerade eine sachliche Beratung im Haushaltsausschuss angestrebt. Über einen Punkt, der besonders unheimlich ist und der wiederum mit der finanziellen Frage gar nichts zu tun hat, will ich noch hervorheben: Den freiwilligen Arbeitsdienst, dessen praktische Freiwilligkeit aber in höchstem Maße gefährdet wird, wenn wirklich die Unterstützung jugendlicher Gewerkschafter nahezu völlig eingestellt würde, soll nicht nur öffentlichen Körperschaften, sondern auch gewissen Verbänden, bei denen das Gewicht der politischen Tendenz allzuoft ein reaktionäres sein wird, die Möglichkeit geben, für die Durchführung gewisser Arbeiten öffentliche Unterstützung zu erhalten. Hier wird eine Quelle der fesslichen Geldverausgabung geschaffen, die ein Zentrum für alle sozialreaktionären und antisozialistischen Pläne.

Wir fordern nach wie vor, daß an die Stelle der verfehlten Politik des Lohnbaues und der Einschränkung der Massentaufkraft eine zielbewusste Politik der Stärkung der Massentaufkraft treten muß, die im Anschluß mit den Lohn- und Gehaltsenkungen aber verknüpft ist auf die Anpassung des Preisniveaus an die gesunkenen Löhne. Zu dieser Forderung gehört vor allem die Abkehr von der agrarischen Hochsubsidienpolitik, die den Massen in Deutschland die Lebenshaltung verteuert und die gleichzeitige industrielle Arbeitsmöglichkeit für Export durch die heraufbeschworenen handelspolitischen Konflikte einschränkt. Dazu gehört weiter, daß endlich mit der Kontrolle der monopolistischen Organisationen in Industrie, Handel und Gewerbe ernst gemacht wird.

Abchluß der Internationalen Arbeitskonferenz

Ein Erfolg der Bergarbeiter

Genf, 18. Juni. (Eig. Draht.) Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf wurde am Donnerstag geschlossen. Ihre letzte Sitzung brachte der Arbeitergruppe zwei wichtige Erfolge.

In der amtlichen Schlussitzung über die Revision der Konvention zum Verbot der Nachtarbeit der Frauen wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 76 Stimmen nicht erreicht. 74 Delegierte waren dafür, 40 dagegen. Vor allem aber wurde das im vorigen Jahre mit wenigen Stimmen gescheiterte Abkommen über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau mit der nötigen Zweidrittelmehrheit von 81 Stimmen gegen zwei Stimmen bei 31 Enthaltungen endgültig verabschiedet. Danachankaltender Beifall der Arbeiter- und Regierungsdirektoren begrüßte dieses Ergebnis. Die Unternehmer versuchten noch im letzten Augenblick, die Abstimmung zum Scheitern zu bringen; sie enthielten sich geschlossen der Stimme, um die Beschlussfähigkeit herbeizuföhren.

Unheil schwebende Generale

München, 18. Juni. (Eig. Meldung.) Der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst a. D. von Seeckt, sprach heute abend auf Einladung der Deutschen Studentenschaft in der Universitätskammer über das Thema „Das Ringen um die deutsche Sicherheit“. Der Redner führte u. a. aus, daß jeder Staat das Recht habe, Sicherheit aus eigenem Können und eigener Kraft aufzubauen. Bei der Abrüstungskonferenz im Februar des kommenden Jahres sei für Deutschland nichts gefährlicher als ein Kompromißwahn. Solange der Versailles Vertrag nicht aufgehoben werde, hätte Deutschland an der Abrüstungskonferenz kein Interesse. Der Redner ging

jogar soweit, zu erklären, daß wir daran denken müßten, auszurüsten und forderte darnach noch, daß eine solche Aufrüstung die allgemeine Wehrpflicht in irgend einer Form wieder bringen müsse. Wenn Deutschland die Reparationen nicht mehr bezahlen könne, so würde Frankreich — wie Seeckt annehmen zu müssen glaubt — wieder ins Rheinland einmarschieren, denn Deutschland hätte nicht die Macht, dies zu verhindern. Andererseits sei Deutschland aber auch in seiner jetzigen Verfassung kein genügendes Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus.

Es geht genau wieder so, wie in den letzten, für Deutschland so gefährlichen Jahre vor dem Weltkriege: pensionierte Generale, die mit ihrer freien Zeit nichts Vernünftigeres anzufangen wissen, schwärzen und schreiben kriegerisches Zeug in der Welt herum, bis sie, besonders wenn noch eine schwache Regierung vorhanden ist, die Atmosphäre genügend vergiftet haben. Und von Seeckt ist derselbe Jaden nur eine andere Nummer.

Den Arbeitern zuliebe!

Zum Kampf gegen die Notverordnung

Sie ist ein böses Ding — die Notverordnung. Die Bitterkeit, mit der die Arbeiterklasse von der Verordnung neuer Not Kenntnis genommen hat, ist durch die einstweilige Vertagung der Revision dieses Stückwerks einer von der Massennot anscheinend nichts ahnenden Bürokratie wahrhaftig nicht gemildert worden. Wenn nicht eine dumme Verzweigungskommunikation in den Massen sich festsetzen soll, dann muß sehr bald das Versprechen der Regierung, über die Abstellung der schlimmsten Härten der Notverordnung zu verhandeln, eingelöst werden. Der Regierung dürfte durch den geradezu mit verzweifelter Anstrengung geföhrteten Versuch der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sofort solche Verhandlungen herbeizuföhren, wenigstens eines klar geworden sein: für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist die Abänderung der Notverordnung eine tote tote Sache.

Die Notverordnung kann und darf und wird so nicht bleiben, wie sie ist; denn die breiten Massen sind zwar bereit, Opfer auf sich zu nehmen — das ist ja für sie nichts Neues mehr — sie sind aber nicht bereit, offenkundiges Unrecht zu begünstigen zu nehmen. Die organisierte Arbeiterklasse ist keine Sammelherde, die sich alles gefallen läßt. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben das allerwenigste Interesse daran, der Sanierung der Finanzen irgendwelche Steine in den Weg zu räumen; denn die von ihnen geföhrteten Massen sind es ja, die am meisten unter den Folgen des Finanzlebens im Reich, in den Ländern und Gemeinden zu leiden haben. Allein das Unrecht der Notverordnung kann beseitigt werden, ohne daß die Lage der Finanzen sich verschlimmert. Mittel und Wege zu einer weitestgehend gerechten Gestaltung der Notverordnung sind bereits gezeigt worden und werden im einzelnen bei den hoffentlich bald anhebenden Verhandlungen zur Ausräumung der Lücken gezeigt werden.

Die Selbstbeherrschung, die in diesen Tagen Partei und Gewerkschaften in ihrem ersten Angriff gegen die Notverordnung geoffenbart haben, war

nur eine Selbstbeherrschung den Arbeitern zuliebe.

Wenn sich die Führer von ihren Geföhlen hätten leiten lassen wollen, dann hätte der Reichstag Stürme gesehen, wie er sie bisher noch nicht erlebt hat; denn das Maß ist nun wirklich bald voll. Die freigelegte Arbeiterbewegung, die politische wie die gewerkschaftliche, weiß jedoch, daß man dann nicht zur Defensiven übergeht, wenn das Kampfterrain nur für die Gegner günstig ist. Viel Bitterer muß von den Arbeitern jährenstehend in diesen Tagen der großen Wirtschaftskrise geföhlt werden. Allein gerade in der Defensive muß man mit nichternster Überlegung, mit Rücksichtlichkeit handeln. Nerven sind dann notwendig, wenn die Zähne nicht so leicht gebrochen werden können. Das hätte ihnen natürlich gesagt: Sturz der Regierung, mildes Lohnniveau im Reich, Auflösung und Wahlen mit Nord und Ostpreußen, neuer Vorstoß des Faschismus, blutiges Gemetzel zwischen den Kommunisten und dann gegen die Sozialdemokraten und dann Reaktion auf der ganzen Linie, Säuberung!

Die Frankfurter Zeitung äußert sich in einer Betrachtung über die Beschlässe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am letzten Dienstag u. a. wie folgt:

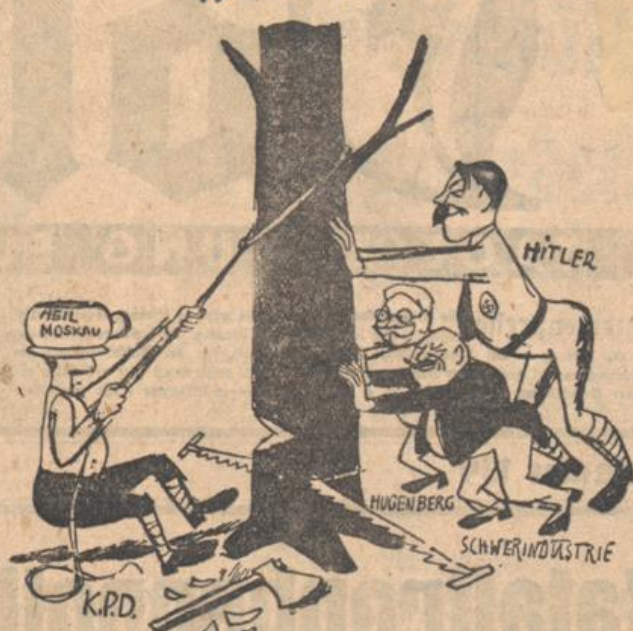
„... angeht die drohende Finanz- und Wirtschaftslage“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur auf die Einberufung des Reichstags verzichtet, sondern auch auf den sofortigen Zusammentritt des Haushaltsausschusses. ... angesichts der drohenden Finanz- und Wirtschaftslage“ beantragt sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vorläufig mit der Beibehaltung des Kanzlers zu unmittelbaren Verhandlungen zwecks Abänderung einzelner Bestimmungen der Notverordnung.

Man muß sich einen Augenblick klar machen, was das bedeutet. Es ist zum mindesten ein seltsames, vielleicht ist es aber auch ein großes historisches Schauspiel, das wir hier erleben.

Die größte deutsche Partei steht außerhalb der derzeitigen Regierung; man kann nicht sagen, daß sie in der letzten Zeit Freundschaftsbeweise oder sachliche Zugeständnisse von ihr erhalten habe, und dennoch ist sie es, welche dieser Regierung jetzt das Weiterleben und Weiterarbeiten ermöglicht. Keineswegs soll mit solchen Feststellungen ein Hymnus auf selbstlose Opferbereitschaft der deutschen Sozialdemokratie angestimmt werden. Die sozialdemokratischen Führer die den Forderungen des Reichskanzlers sich gebeugt haben, taten das gewiß um Deutschlands, aber sie taten es ebenso gewiß auch um ihrer eigenen Partei willen. Diese Führer haben schließlich Augen im Kopf, die das Jaden der milden Worte nicht übersehen können, und Ohren, um das dröhnende Donnerrollen zu hören, das durch die Massen ihrer Unhängerschaft tobt. Sie widersehen diesen tobenden Gemitter der Volksmeinung, weil sie übersehen hat, daß mit dem Sturz der Regierung Grünung die Demokratie in Deutschland zertrümmert wäre und daß in einem faschistischen Arbeiterpartei erst recht vor die Hunde ginge. ...

Um Deutschland vor diesem Schicksal, um es unmittelbar vor Chaos und Bürgerkrieg zu bewahren, haben die sozialdemokratischen Führer die Verantwortung auf sich genommen, die, jezt der Masse ihrer Unhängerschaft verständlich zu machen, ihnen nicht leicht fallen wird.

Hau—rud!



Die Rechten: „Du, auf der andern Seite feste ziehen, wir schieben!“

Stahlhelmsverlammlungen auf holländischem Boden

Holland verbittet sich das Treiben

Amsterdam, 18. Juni. (Eig. Draht.) In der süd-holländischen Stadt Venlo haben, nach einer Meldung des sozialistischen Het Volk in letzter Zeit wiederholt Stahlhelmsverlammlungen stattgefunden. Am 16. Mai hat dort Graf von Soensbroek gegen das Vornagabkommen gesprochen und erklärt, daß der Stahlhelm alle im Weltkrieg verloren gegangenen Gebiete mit der Waffe zurückerobern werde. Besucher der Verlammlung, die sich kritisch verhielten, seien mit Ohrfeigen bedroht worden. Ein weiterer Aufmarsch des Stahlhelms sei für den 12. Juli in Aussicht genommen. Het Volk fordert die holländische Regierung auf, das verbrecherische Treiben deutscher Kriegsbeträger auf holländischem Boden sofort und für immer unzulässig zu machen.

Verbrecher und Sturmtrupp

Aus Stuttgart wird dem SP gemeldet: Der nationalsozialistische SA-Gruppenführer, Fritz Küssel war bei der Auto-Unfallgesellschaft, deren Inhaber Heinrich selbst Nationalsozialist war, als Chauffeur beschäftigt. Er benutzte dieses Anstellungsverhältnis dazu, um

im Anker seiner Firma Warenpatente und Aktien zu erbrechen. Diese Tätigkeit übte er den ganzen Winter über aus, bis Heimlich ihm vor etwa zwei Monaten auf die Spur kam.

Er ergriffte daher Strafmaßnahme gegen den inzwischen durchgegangenen Küssel. Die Polizei konnte ihn aber bis zur Stunde nicht verhaften, obwohl er sich fast immer in Stuttgart aufhält, da er von SA-Leuten des Sturmes 1 planmäßig verborgen gehalten und auch heimlich verköstigt wurde.

Der Fall beweist aufs neue, mit welchem Sinn für eine „leale“ Lebensführung die rauen Kämpfer für das Dritte Reich ausgestattet sind.

Die Geldschwierigkeiten des Berliner Naziblattes

Hilfer soll helfen

Berlin, 18. Juni. (SP.) Der Verlag des Berliner Naziblattes ist von zahlreichem Angefallenen, die während der Stennes-Revolte spurlos verschwunden waren, und mehreren Schriftstellern, deren Manuskripte während des Krazes in der Hebammenstraße verschwunden sind, auf Schadenersatz verklagt worden. Einer der Verurteilten erklärte, ist er zu Hitler nach München gefahren, um im Braunen Haus über die katastrophale Finanzlage des Berliner Nazijournals ein überzeugendes Bild.

Der Kläger forderte von dem Verlag den Angriff mehrerer tausend Mark für einen dem Naziblatt zur Verfügung gestellten und nur in einem Exemplar vorhandenen, aber während der Stennes-Revolte spurlos verschwundenen Mannens. Der Vertreter des Angriff bot im Verlauf der Verhandlungen einen Betrag von 800 M an. Er begründete das damit, daß kein Verlag nicht in der Lage sei, eine erhebliche Summe zu bezahlen. Die Finanzlage des Angriff sei außerordentlich schlecht. Wahrscheinlich könnten Ultime nicht einmal die Gehälter und Löhne gezahlt werden.

Ein Ergebnis hatte die Verhandlung nicht, weil der Vertreter des Angriff von seinem Verlag nicht mit genügendem Vollmachtes ausgestattet war. Der verantwortliche Geschäftsführer war nicht erschienen. Wie sein Vertreter erklärte, ist er zu Hitler nach München gefahren, um im Braunen Haus über die katastrophale Finanzlage des Berliner Angriff Bericht zu erstatten.

Hilters Kadettenkorps

München, 18. Juni. Hitler hat soeben seine sogenannte Reichsführerschaft eröffnet. Nach dem Bericht des baltischen Beobachters scheint es sich um eine Art Kadettenkorps zu handeln. Die Schüler waren, als Hitler sie mit großem Gefolge besichtigte, in offenem Biered aufgestellt und leisteten ein Treuegelübde für Hitler, das der Leiter der Schule, Major Kühne, vor sprach. „In den nächsten und zweckmäßigen Räumen der Schule“, so schreibt das nationalsozialistische Blatt, „berichtigte der bewährte Geist soldatischer Marschmusik, ohne den auch außerhalb des rein militärischen Apparates noch nie ein großes Ziel erreicht wurde.“

Der neue spanische Verfassungsentwurf

Madrid, 18. Juni. Die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der neuen Verfassung hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der von ihr redigierte Verfassungsentwurf trägt autoritären Charakter, sieht aber eine Wirtschaftsautonomie für einzelne Gebiete vor. Ein Zweikammerparlament ist vorgesehen. Die erste Kammer — der Senat — soll jedoch nur beschränkte legislative Befugnisse erhalten. Die Stellung des Präsidenten ist der des französischen Staatsoberhauptes nachgebildet. Der Entwurf sieht die Trennung von Kirche und Staat, ferner allgemeines und gleiches Wahlrecht, das jedoch nur auf Personen männlichen Geschlechts beschränkt ist, vor.

Die Arbeitslosenfrage in der Notverordnung

vom 5. Juni 1931

I.

Von einem hohen Beamten, der auf dem nachstehend behandelten Gebiete anerkanntes Sachkenntnis besitzt, wird uns geschrieben:

Schon während der Beratungen des Reichstages über den Haushaltssanierungsplan hat die Finanzkommission des Reichstages, durch die Beschlüsse des Reichstages nicht in das Gleichgewicht gebracht waren. Bei allen Erörterungen spielte die Verlegung der Arbeitslosen und die Arbeitslosenversicherung eine große Rolle. Aus Regierungskreisen und den bürgerlichen Parteien hörte man immer wieder Äußerungen, die beweisen wollten, daß die Zerrüttung der Reichsfinanzen nur auf die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zurückzuführen seien. Fast die gesamte bürgerliche Presse wiederholte diese Äußerungen immer wieder. Mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, wurde dem Volke suggeriert: Wähne und Gesichter seien so hoch, die sozialen Lasten seien für die deutsche Wirtschaft unerträglich und machten die deutsche Industrie im Auslande konkurrenzunfähig. Der Kampf ging vor allem gegen die Arbeitslosenversicherung.

Für die Prüfung der Arbeitslosenfrage hat die Regierung eine sogenannte Sachverständigenkommission berufen. Diese Kommission sollte unter eigenartigen Verhältnissen zu arbeiten. Zunächst war es ihr, durch Berücksichtigung von Regierungswünschen nicht möglich ein einheitliches Gutachten abzugeben. Der erste Teil des Gutachtens beschäftigte sich mit der Arbeitsverteilung. Die Kommission kam zu dem Vorschlag: der Regierung oder dem Arbeitsminister die Ermächtigung zu erteilen, durch Verlegung der Arbeitszeit für bestimmte Berufe und Berufsgruppen auf 40 Stunden pro Woche herabzusetzen. Die Kommission machte weiter den Vorschlag: Doppelverdiener, soweit es die sozialen Verhältnisse gestatten, zu beteiligen. In der Notverordnung hat sich die Regierung die Ermächtigung geben lassen, die Arbeitszeit unter bestimmten Voraussetzungen zu verkürzen. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit für die gewerblichen und industriellen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern, könnten 450 000 bis 550 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden.

Auf den zweiten Vorschlag der Kommission, die Doppelverdiener nach Möglichkeit zu beteiligen, ist die Regierung in der Notverordnung gar nicht eingegangen, obwohl man selbst bei weitgehender Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse dadurch etwa 200 000 bis 250 000 Stellen freimachen und vielfach bestehende soziale Ungerechtigkeiten beseitigen könnte. Eine Durchführung dieser beiden Maßnahmen würde eine wesentliche Erleichterung für die Arbeitslosenversicherung bringen und wäre in ihrer Auswirkung sicherlich sozialer, als die Wünsche, die man jetzt an den Besüssen der Arbeitslosen vornimmt.

In der Notverordnung ist auch das, was im zweiten Teil des Gutachtens zur Frage der Arbeitsbeschaffung gelangt wird, nur ganz wenig beachtet. Die Kommission hat sich mit Entschiedenheit gegen eine Subventionierung privater Betriebe ausgesprochen. Die Erfahrung, die man in den letzten Jahren mit Subventionen machte, waren bitter genug und es ist ganz unübersehbare, daß der Finanzminister ausgerechnet den Kohlenbergbau im Ruhrgebiet besonders fördern will. Die Kommission hat in ihrem Gutachten besondere Bedenken ausgesprochen, obwohl auch jene Vorschläge nichts an den Grundlügen unserer heutigen Wirtschaftsfrage ändern würden.

Für die Arbeitsbeschaffung müssen in erster Linie solche Produktionsweize in das Auge gefaßt werden, in denen nicht jetzt schon Überproduktion zu verzeichnen ist und nur eine Verlegung der Arbeitslosigkeit von einem Gebiet nach dem anderen eintreten könnte. Wird mehr Ruhepause gefördert und verbraucht, dann wird in anderen Kohlengebieten der Absatz zurückgehen und die Zahl der Arbeitslosen steigen. Eine Anhebung der Gesamtindustrie ist von einer geringeren Kohlenpreissteigerung nicht zu erwarten, zumal diese fragliche Preissteigerung mit Reichsmitteln erkaufte werden soll.

In den Auseinandersetzungen über die Notverordnung hat der zweite Teil des Gutachtens der Braunkommission, der sich mit der Unterstützung von Arbeitslosen befaßt und nur wenige Tage vor der Notverordnung erschien, keine Beachtung gefunden. Es wurde deshalb auch nicht beachtet, daß die Reichsregierung bei der Regelung der Arbeitslosenversicherung in ihrer Notverordnung wesentlich von dem Gutachten der Kommission abwich. Für die wichtigsten Auseinandersetzungen dürfte jedoch die Tatsache von Bedeutung sein, daß die Kommission eine Reihe und zwar die wichtigsten der Regierungsmassnahmen ablehnt oder doch nicht vorzuziehen. Die Kommission hat eine Reihe von Sparmaßnahmen in Vorschlag gebracht. Wenn man von einer Verlängerung der Parteizeit absteht, so handelt es sich aber nur um Sparmaßnahmen für solche Kreise der Versicherten, die neben der Arbeitslosenunterstützung noch andere Leistungen haben. So hat die Kommission vorgeschlagen, daß der anteilsmäßige Beitrag bei Renten aus anderen Zweigen der Sozialversicherung von 30 Mark auf 15 Mark herabgesetzt wird, daß von dem Einkommen eines Ehegatten der 30 Mark überschreitende Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung des anderen Ehegatten angerechnet wird. Während bisher diese Grenze 35 Mark war.

Durch diese von der Kommission vorgeschlagenen Sparmaßnahmen wäre eine Ersparnis von 150 Millionen erzielt worden. An diese Ersparnisse sollte sich nach ihren Vorschlägen eine Beitragserhöhung anschließen. (Eine Beitragserhöhung von 1 Prozent würde eine Mehreinnahme von etwa 200 Millionen Mark bringen.) Erst wenn die vorgeschlagenen Ersparnisse und die angeregte Beitragserhöhung zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt nicht ausreichen, sollte der Vorstand der Reichsanstalt die Berechtigung erhalten, gleichzeitig durch Beitragserhöhung und Herabsetzung der Leistungen das Gleichgewicht in seiner Kasse herzustellen. Statt diesen Vorschlägen zu folgen, hat die Reichsregierung zunächst allerdings alle vorgeschlagenen Sparmaßnahmen abgelehnt, eine Beitragserhöhung aber gar nicht in Betracht gezogen, sondern so weitgehendes Herabsetzen der allgemeinen Leistungen vorgenommen, daß selbst bei einem weiteren Steigen der Zahl der Unterstützungsempfänger eine Beitragserhöhung nicht mehr notwendig wird.

Die Kommission hat sich gegen Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen, die Regierung hat aber für die Ehefrauen die Bedürftigkeitsprüfung vorgeschrieben. Die Kommission hat sich gegen eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen. Die Regierung hat aber alle die Versicherten im Alter von unter 21 Jahren, die einen Versorgungsanspruch an ihre Angehörigen haben, vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Diese Bestimmungen ist sozialpolitisch und psychologisch eine der schlimmsten Bestimmungen der ganzen Notverordnung. Seit Monaten wird in allen Tonarten gerufen, man solle alles tun, um die jugendlichen Erwerbslosen vor dem Abstieg zum Hungerprofessariat und zur Verberühmung zu bewahren, und nun entsetzt man dieser Tätigkeit mit einem Schlag den Boden, auf dem gearbeitet werden kann. Einem Arbeitslosen, der seine Unterhaltung erhält, hat niemand etwas zu sagen, er wird auch alle Befehlungen, die von einer Seite kommen, die ihn seines Rechtes beraubt hat, ab-

lehnen. Auf den Arbeitsämtern sind eine bekannte Erscheinung die jugendlichen Erwerbslosen, die zu jeder Arbeit bereit sind, um den Vorwürfen ihrer Familienangehörigen zu entgehen. Durch den Akt der Regierung wird die Zahl der jugendlichen, die keine Unterstützung erhalten, die sich von ihren Familienangehörigen ernähren lassen müssen, ungeborener vermehrt. Es steigt die Zahl der Familienstreitigkeiten, es steigt dann auch die Zahl der Selbstmorde, die sich aus diesen Familienverhältnissen ergeben. Auch die Zahl der jugendlichen Verbrecher wird sich jedenfalls vermehren. (Danke dem Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich Herr Brüning zu erheblichen Abänderungen der Notverordnung auf diesem Gebiete bereit erklärt. Red. des Volksfr.)

Es ist bezeichnend für den sozialen Geist bestimmter Kreise, die

um die deutsche Volkspartei liegen, daß ihnen selbst die Regierungsmassnahmen noch nicht weit genug gehen, daß sie eine noch viel weitergehende Herabdrückung der sozialen Leistungen verlangen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Volksparteiler bereit, eine Regierung mit den Nationalsozialisten zu bilden, um Geld verzichten diese Leute auf politisches Reinheits- und Ehrgefühl. Die Nationalsozialisten sind bestrebt, durch „legales“ Verhalten ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Um ihren Macht- und Stellenhunger zu befriedigen, geben sie alle Forderungen und Grundätze preis. Unter einer Nachgruppierung von Volkspartei bis Nationalsozialisten würde aber nicht nur die deutsche Sozialpolitik, sondern die ganze deutsche Wirtschaft zerstört werden. Jedemal wenn die Gefahr einer solchen Regierung droht, legt eine Kapitalflucht deutschen und ausländischen Geldes ins Ausland ein.

Freistaat Baden

Zur Regierungsumbildung in Baden

Die Vorgänge, die sich am Mittwoch und Donnerstag im Zusammenhang mit der geplanten Umbildung der badischen Regierung abgepielt haben, haben zu einer immerhin ernsthaften Berührung geführt, aus der manche badische Wähler glauben, daß bereits daraus eine Regierungskrise entstanden sei. Wir urteilen ruhiger über die Situation, geben aber durchaus zu, daß die Dinge einen wirklich ernsthaften Charakter angenommen haben. Die gestern erschienenen Zeitungen aller Parteien beschäftigen sich eingehend und zum Teil sogar in scharfen Wendungen mit den innerpolitischen Vorgängen in Baden. Wir werden morgen noch einmal ausführlich auf die Tatsachen und Vorgänge zu sprechen kommen, die mit der geplanten Koalitionserweiterung und Regierungsumbildung zusammenhängen. Für heute sei nur eine Stelle aus einer Betrachtung der Frankfurter Zeitung wiedergegeben, die offenbar mit Zustimmung bestimmter demokratischer Führerpersönlichkeiten in dem Frankfurter Blatt angestellt worden sind, und die von Möglichkeiten sprechen, daß die Staatspartei am Ende doch noch mit von der Partie sein könnte. Am Schlusse der Betrachtung des Frankfurter Blattes heißt es nämlich:

„Die Demokraten sind zu ihrer ablehnenden Haltung, worüber in Ueberlingen gesprochen wurde, durch ernsthafte sachliche Gründe bewegt worden, ihre Führer werden sich aber natürlich in diesen Tagen Gedanken darüber machen, ob sich für sie aus der jüngsten Entwicklung der badischen Dinge, und aus der heute deutlich sichtbar gewordenen Gefahr eines auseinandergehenden rechts tendierenden Regierungstages in Baden (gemeint ist eine Regierungsbildung des Zentrums mit der Rechten) positive Schlussfolgerungen und Möglichkeiten ergeben.“

Er scheint, daß die ganz unverblühte Drohung des Zentrums, gegebenenfalls eine nur nach rechts hin gerichtete Regierungsumbildung vorzunehmen, auf bestimmte demokratische Kreise einen außerordentlich starken Eindruck gemacht hat. Wir haben diese Drohung des Zentrums sofort und durchaus ernst genommen und nehmen sie auch heute noch ernst, aber das kann uns nicht abhalten, klar und deutlich unsere Stellungnahme zu der geplanten Regierungsumbildung zu präzisieren.

Das Spargutachten

Gegenwärtig erliegt die Drucklegung des Spargutachtens. Dasselbe wird in etwa 14 Tagen den Abgeordneten des Badischen Landtags zugehen.

Ein Schritt für die arbeitslosen Tabakarbeiter

Obwohl aus einer Reihe von Orten des Hinterlandes in den letzten Wochen über eine ersteilige Wiederbelebung in der Tabakindustrie berichtet werden konnte, gibt es im Lande Baden immer noch über 10 000 arbeitslose Tabakarbeiter. Die Krise leidet mit der Erhöhung der Tabaksteuer auf Jahresfrist ein und man hat damals, um die Not der arbeitslosen Tabakarbeiter wenigstens etwas zu lindern, eine Sonderunterstützung für die Tabakarbeiter eingeführt. Diese soll nun nach der neuen Notverordnung zum 1. Juli ds. Js. in Wegfall kommen. Die badische Regierung hat alsbald in Berlin Schritte getan, um eine Abänderung der Notverordnung in dem Sinne zu erreichen, daß die Sonderunterstützung weiter gewährt wird. Nur so kann verhindert werden, daß die Filialgesellschaften der ohnehin schwer um ihre Existenz ringenden Gemeinden noch mehr gelähmt werden. Es hat auch eine Beiprägung der Vertreter der beiden Tabakarbeiterverbände Badens mit dem Innenminister und Staatspräsidenten sowie dem zuständigen Referenten stattgefunden, wobei den Wünschen der Tabakarbeiter nachhaltige Unterstützung durch die Regierung auch in der Zukunft zugesagt wurde.

Kommunistische Störungsversuche in Freiburg

ITB. meldet aus Freiburg i. Br.: Vor der Wirtschaft „Zum Martinstor“ in der Löwenstraße bildete sich am Mittwochabend eine Gruppe von etwa 20-25 Personen, die zum größten Teil der kommunistischen Partei angehörten. Da diese Ansammlung eine Verkehrsstörung zur Folge hatte, wurde die Gruppe von einem Polizeibeamten aufgefordert, die Straße zu räumen. Die Leute leisteten jedoch der Aufforderung des Beamten keine Folge, sondern griffen ihn tätlich an und versuchten ihn zu entmannen, indem sie ihm den kommunistischen Anker auf den Kopf schlugen und das Seitengewehr abrißen. Der Beamte, der von der Menge mißhandelt wurde, mußte schließlich von der Schutzwache Gebrauch machen; dabei wurde einer der Angreifer verletzt. Das verstärkte Notrufkommando stellte schließlich die Ruhe wieder her. Im ganzen wurden acht Personen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

Zu dem Ueberfall auf einen Freiburger Polizeibeamten gibt der Freiburger Polizeibericht folgende Darstellung: Am 17. Juni, abends 8.45 Uhr, wurde eine Anzahl von Personen, die in verkehrsstörenden Gruppen in der Löwenstraße herumstanden von dienftlichen Polizeibeamten mehrfach zum Auseinandergehen und Weitergehen aufgefordert. Diese Aufforderungen wurden nicht befolgt, sondern mehrere junge Burschen wurden losgerauscht. Der Beamte wollte nun die Personalien des Hauptverursachers auf der Wache feststellen und schritt zu diesem Zweck zu seiner vor-

Hühneraugen

Hühneraugen, veraltete Hornschwiele an Händen und Füßen, überbaupt alle harten Hautwucherungen werden gründlich aufbewahrt und bequemste Art befestigt durch „Reolin“. Wirkung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben. 2062

läufigen Bestimmung. In diesem Augenblicke wurde er von den auf der Straße anwesenden tauffähigen Elementen tätlich angegriffen. Dem von den zahlreichen Angreifern aufs schwerste bedrängten Beamten wurde in hartem Kampfe der Gummihübel und die Seitenwaffe entzissen. Als er hinterläßt durch Faustschläge mißhandelt zu Boden gemorjen und mit der eigenen Seitenwaffe bedroht wurde, gab er zunächst einen Schreieschuss ab. Die Angreifer ließen jedoch nicht von ihm ab und verhielten sogar ihn in ihr Standquartier, die Wirtschaft „Zum Martinstor“ hineinzuwischen, so daß er in der Notwehr die Schutzwaffe nochmals gebrauchen mußte. Hierbei wurde der eine Haupttäter durch einen Beinschuss verletzt und es gelang dem Beamten sich Luft zu verschaffen. Dem inzwischen herbeigerufenen Ueberfallkommando und einer Großstreife der Polizei gelang es, acht Haupttäter festzunehmen, von denen sich vier in Untersuchungshaft befinden. Gerichtliche Untersuchung der Vorgänge ist eingeleitet. Dem entschlossenen Eingreifen einer zur Hilfe geeilten Zivilpolizei ist zu verdanken, daß das Vorhaben der Angreifer, den Beamten mit der eigenen Seitenwaffe niederzustechen, nicht ausgeführt werden konnte.

Veriamlungsverbot in Mannheim. Die von der roten Hilfe Deutschlands — Bezirk Baden-Pfalz — am Freitag, den 19. Juni um 20 Uhr im Lokale zum Großen Magerhof geplante öffentliche Veriammlung mit der Tagesordnung: „Was muß der Arbeiter über Schnellkuffis und seine Verteidigung vor dem Kassenrichter wissen“, wurde auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.

Frankreichs Befestigungen in Elsaß-Lothringen

Die französische Seereskommission der Kammer hat vor kurzem die Grenzverleibungen im Elsaß und in Lothringen be-

sichtigt. Die Befestigungen hätten einen reinen Verteidigungscharakter, stellen also keine Drohung gegen irgend ein Land dar. Sie sollten einen etwaigen neuen Einfall nach Frankreich verhindern. So schnell wie möglich müßten sie daher vollendet werden. Die Finanzkommission der Kammer scheint derselben Meinung zu sein, denn sie hat einen Gesetzentwurf angenommen, in dem 2 1/2 Milliarden Franken neuer Kredite für den Grenzsaubere verlangt werden. Da nach Erklärungen des Vorstehenden der Seereskommission die Arbeiten noch zwei Jahre dauern werden, müßten bei der Regierung wahrscheinlich weitere Kredite angefordert werden.

Der sozialistische Populäre protestiert gegen diese Rüstungspolitik. Die sogenannten ganzen Verteidigungsanlagen seien eine leihame Einleitung für die allgemeine Abrüstungskonferenz.

Volkswirtschaft

Landwirtschaftliche Genossenschaftsvereine in Baden

Gelebsheim bei Bruchsal. Die Generalversammlung des Kreditvereins nahm einen defizitierenden Verlauf. Die Genossenschaft erzielte einen Umlauf von 483 269 M. und einen Reingewinn von 950,06 M. Die Mitgliederzahl beträgt 146. Nach Genehmigung der Bilanz und erweiterter Entlastung für den Vorstand sprach Revisor Schaber vom Verband Landw. Genossenschaften in Baden über den Wert der landw. Genossenschaftsbewegung, hingesehen auf die Geld- und Kreditlage auf der Grundlage der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Im Anschluß folgte die Generalversammlung des landw. Bezugs- und Absatzvereins. Das erzielte Ergebnis befriedigte.

Spitzenheim bei Bruchsal. Die Sparg- und Darlehensstelle hielt unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reich ihre Generalversammlung. Aus einem Umlauf von 1 280 000 M. wurde neben Rücklagen ein Reingewinn von 1280,99 M. erzielt. Auf Jahresfrist ergeben sich 217 Genossen. Die Bilanz und die Entlastung des Vorstandes wurden einstimmig genehmigt. Bankvorstand Müller von der Landwirtschaftsbank und Revisor Schaber vom Reichsverband sprachen über Geld- und Kreditlage, sowie über die Mietverhältnisse der Genossenschaft.

Wiesental bei Bruchsal. Die 637 Genossen zählende landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft kann auf einen reibungslosen Verlauf ihrer Generalversammlung zurückblicken. Der marmmalige Umlauf beträgt 76 000 M. Mithingemäßig wurden 14 472 M. landw. Bedarfstoffe demnächst durch Abrechnungen und Rücklagen schließt die Bilanz mit einem Reingewinn von 814,18 M. Revisor Schaber sprach über aktuelle Genossenschaftsfragen. — In der Nebenabteilung wurden während der Saison 1930 109 Jtr. Spargeln aus den jungen Spargeläckern der Mittelmeer genossenschaftlich erntet und vermarktet.

Entingen bei Forstheim. Der Umlauf der Spar- und Darlehensstelle betrug Berichtsjahre 917 510 M., der Reingewinn 1783,17 M. Die Genossenschaft zählt 279 Genossen. Der Vereinsvorsteher, Ratfchreiber a. D. Käber, berichtete über die Entwicklung der Genossenschaft während des Geschäftsjahres 1930. In seinen Betrachtungen forderte er zur tatkräftigen Mitarbeit an der weiteren Weiterbildung der genossenschaftlichen Beschäftigung auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Geld- und Kreditwesens auf. Es ist eine zehrpersentige Aufwertung der alten Spargelbücher vorgesehen. Revisor Schaber sprach über die Ziele und Aufgaben der landw. Kreditgenossenschaften.

Dürren bei Forstheim. Die unter dem Vorsitz des Vorstandes, Ratfchreiber Gehr, abgehaltene Generalversammlung erzielte sich eines guten Beschlusses. Das Abschlußergebnis betrug: Die Genossenschaft vermittelte 5283 Jtr. landw. Bedarfstoffe im Werte von 13 935 M. Ad 1. Juni 1930 befaßt sich die Genossenschaft mit der genossenschaftlichen Mitbewerterung. Bis zum Jahresfrist 1930 wurden 81 709 Liter Milch im Werte von 17 558 M. erntet und vermarktet. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 239,76 M.

Stand der Badischen Bank vom 15. Juni 1931.

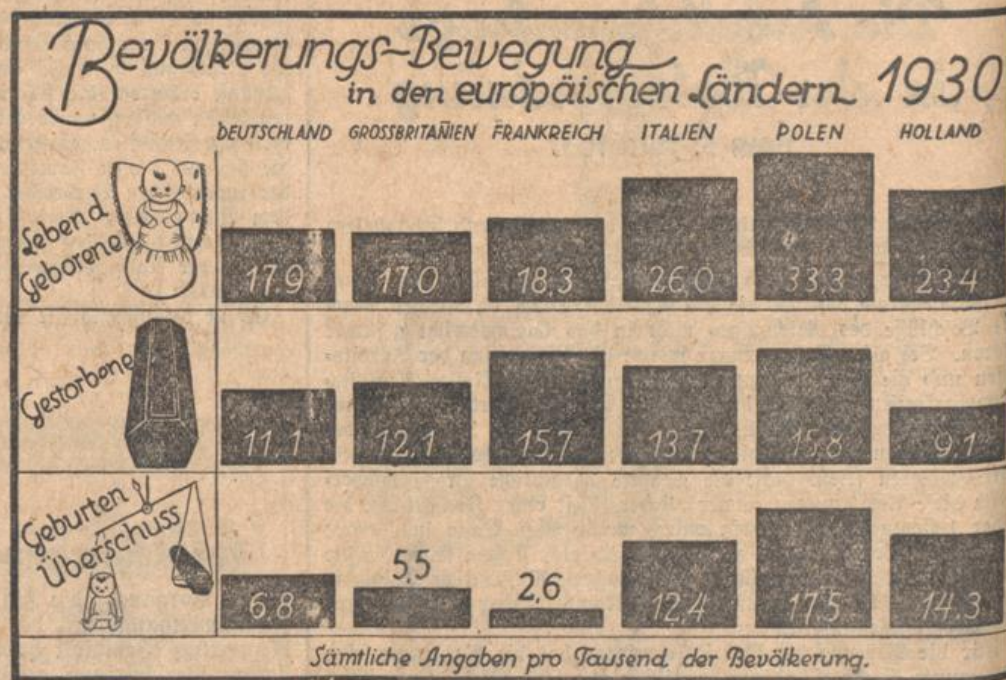
Aktiva: Goldbestand 8 123 609.—, bedungsfähige Devisen 2 995 396.—, sonstige Wechsel und Schecks 18 281 811.—, deutsche Edelmetalle 21 337.—, Noten anderer Banken 33 730.—, Lombardforderungen 1 158 830.—, Wertpapiere 10 458 312.—, sonstige Forderungen 20 463 813.— M. Passiva: Grundkapital 8 200 000.—, Rücklagen 3 900 000.—, Betrag der umlaufenden Noten 19 868 850.—, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 11 610 892.—, an eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten 16 961 283.—, sonstige Passiva 1 506 814.—, Verbindlichkeiten aus weiter begebenen im Umlauf zahlbaren Wechseln 487 167 M.

Chefredakteur Georg Schöpslin. Verantwortlich: Volkfr. Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner i. V.: Gemeindefachliche, Feuilleton und Aus der Partei: S. G. r. u. e. d. a. m.; Großhandels-, Gemeindepolit., Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner i. V.: Kleine badische Chronik, Aus Mittelsbaden, Durian, Gesellschaftung; Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Samliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

BILDER VOM TAGE



Ein Luftschiff, das ohne Hilfe startet und landet.
Das neue italienische Kleinluftschiff. In Mailand wurde ein von dem Ingenieur Forlanini konstruiertes Luftschiff hergestellt, das ohne Hilfe von außen starten und landen können soll. Die Motorenstärke beträgt nur 150 PS.



Die Bevölkerungsbewegung in europäischen Ländern.
In allen Ländern wird die Frage des Bevölkerungszuwachses mit größtem Interesse verfolgt. Zwischen den Extremen Polen (17,5 Ueberschuss pro Tausend der Bevölkerung) und Frankreich (2,6) hält Deutschland mit 6,8 pro Tausend (für das Jahr 1930) einen guten Mittelplatz.



Die Schönsten von Europa in U.S.A.
7 europäische Schönheitsköniginnen (die zweite von links Baronin Dain Freiberg-Deutschland) warten in Newport auf Weiterfahrt nach Galvestone, wo sie mit den Schönsten aus aller Welt um den Titel der Miss Universeum, der Schönheitskönigin der Welt, kämpfen werden. Die Vertreterin Belgiens wurde gewählt.



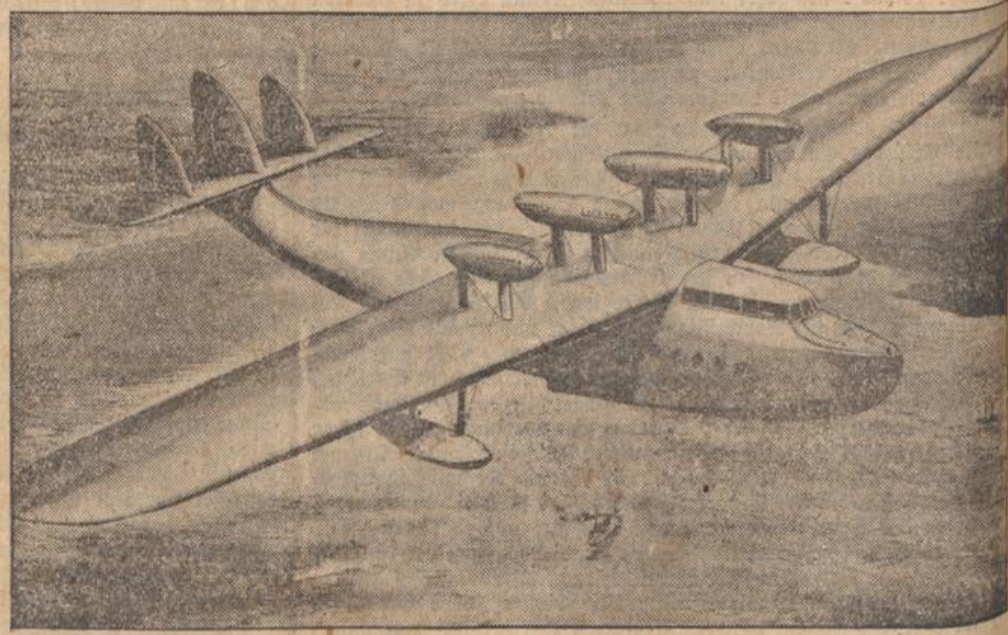
Der Großbrand im Malmöer Flughafen.
Der verstärkte Hauptschuppen des Flughafens von Malmö (Schweden), der völlig niederbrannte. Eine Jantersmaschine wurde ebenfalls völlig zerstört.



Die Wunderschwimmerin Helen Madison kommt nach Europa.
Helen Madison, die 16jährige amerikanische Weltrekordschwimmerin, wird in diesem Sommer eine Europa-Reise antreten, bei der sie voraussichtlich auch in Deutschland starten wird.



Der Marktplatz in Basel mit Rathaus.



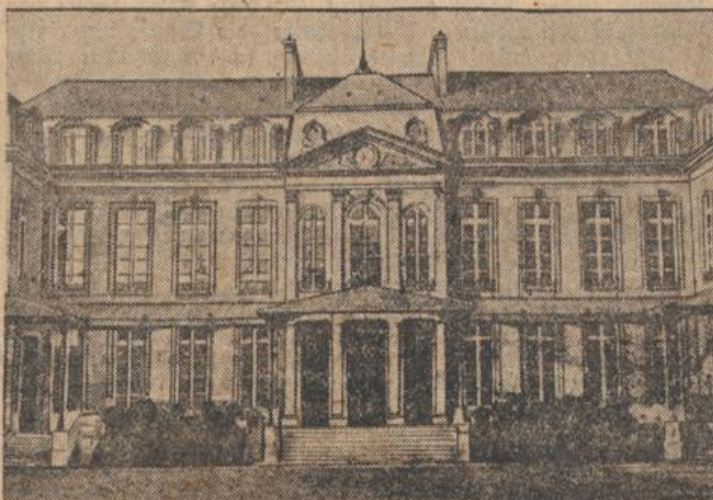
Englands „Do X“.
Modell des riesigen Ganzmetall-Wasserflugzeuges, das England als Konkurrent des „Do X“ bauen will. Die Tragfähigkeit des riesigen Bootes, das mit Rolls Royce-Motoren ausgestattet wird, soll doppelt so groß wie die seines deutschen Vorbildes sein. 40 Passagiere würden neben sieben Tonnen Platz finden.



Der französische Botschafter in Berlin wird abberufen.
Pierre de Margerie, der französische Botschafter, dessen Abberufung nun endgültig feststeht, da Margerie seine Regierung über die Vorbereitung des deutsch-österreichischen Zollunionsvertrages nur ungenügend unterrichtet hat.



Doumer, der nun in das Elysée einzieht.



Der Präsidentenwechsel in Frankreich

Das Elysée, Frankreichs berühmter Präsidentensitz.



Doumergue, Frankreichs scheidender Präsident.



Amerikas Präsidentschaftskandidat besucht Deutschland.
Roosevelt, der kürzlich mit großer Mehrheit wiedergewählte Präsident des Staates New York, befindet sich an Bord der „Bremen“ unterwegs.

Badischer Landtag

Arbeitsvermittlung nach Frankreich - Kommunistische Propagandamacherei - Abg. Klausmann aus dem Saal verwiesen - Lärm im Hause

Geb. von Verfassungen im Landtag

Nur um der Chronistenpflicht zu genügen, muß noch ein Ereignis registriert werden, das sich in der vorgestrigen Sitzung des Landtags abspielte. An sich ist uns der Herr, der im Mittelpunkt dieses Ereignisses stand, nicht wichtig genug, um durch Charakterisierung seines Verhaltens seiner ohnedies schon bis zur Väterlichkeit gesteigerten Eitelkeit noch weiteren Vorschub zu leisten. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wollhard hat den Ehrgeiz, die Kommunisten und Nationalsozialisten in den Schatten zu stellen. Er mimt seit einigen Monaten den Führer der Opposition gegen die Regierung. Seine Oppositionsreden sind aber derart gehässig und giftig, von einer solchen nervösen Gereiztheit, daß man von einer Sachlichkeit nicht mehr gut sprechen kann. Es ist Kritik um der Kritik willen! Bei allem Verständnis für die nun an die zwei Jahre währende Verhinderung der Demokraten, sollte man doch erwarten, daß eine Partei, die jahrelang einer Regierung angehört, die vielleicht über kurz oder lang wieder der Regierung angehört wird, wie schon ihr Name sagt, auf dem Boden der Demokratie und des Parlamentarismus steht, daß sich eine Partei ihre Opposition in den Formen des Anstandes und der Sachlichkeit hält. Aber nichts von alledem! Man muß, wenn man das Treiben dieses Demokraten-Exzells im Landtag verfolgt, unwillkürlich an die Demokraten denken, die früher einmal im Landtag als Volkserzieher tätig waren, an die Heimburger, Benedek, Nusser, Fräufel usw. Sie waren oft auch in der Opposition zur Regierung; aber wie Himmelweit verschieden war diese Opposition von dem Wollhard, Reifen, der heimlichen Kritik der heutigen Nachfahren unter Herrn Dr. Wollhard's Führung! Dieser Verehrer schon selbst augenscheinlich den Niedergang der demokratischen Partei.

Als Herr Dr. Wollhard! Er gerät mit jedem Redner aneinander, wenn dieser in der Polemik etwa versagen sollte, die Rede „Doktor“ zu gebrauchen. Selbst die Presseberichterstattung erhebt von ihm ein Moralium, wenn sie mal in der Eile versagen, den „Doktor“ vor den Wollhard zu schreiben! Aber diese akademische Eitelkeit hält den Herrn Doktor doch nicht ab, durchaus proletarische, läbliche oder auch fribendische Wäntzen zu pflegen. Als Herr Dr. Wollhard am Mittwoch infolge seiner ungeschicklichen Polemik mit dem Zentrum aneinandergeriet und schließlich am Ende seines Satzes war, stand er von seinem Platze auf, beide Hände in den Hosentaschen, den Kopf am Hinterteil hochgeschlagen, und dem Ausgange des Saales zu, und kreuzte mit einer sehr einseitigen, nicht mißverstehenden Geste seinen Kopf herunter! Ein allgemeines Plut war die Antwort des Hauses; die Zentrumsfraktion verließ jeweils geschlossen den Saal, wenn Abg. Dr. Wollhard das Wort ergriff, der 1. Vizepräsident charakterisierte dieses Benehmen des Mannheimer Amtsgerichtsdirektors und juristischen Doktors am besten mit der Bemerkung, er unterlasse eine gefühlsordnungsmäßige Abhandlung dieses Verhaltens, denn es richte sich nach ihm.

Was wir dürfen uns begnügen, nur die Tatsachen mitzuteilen. Was die Arbeiterchaft über das Auftreten dieses demokratischen Doktors denkt, hat am nächsten Tage Vizepräsident Maier zu Bestand gebracht: Solch ein Verhalten hätte man am allermeisten von einem gebildeten Menschen und einem Akademiker erwartet. Abg. Dr. Wollhard produziert in der gestrigen Landtagsitzung ein „Erklärungen“. Er suchte sein Verhalten abuschwächen; will es nicht so gemeint haben. Sei dem, wie ihm wolle! Wer die Geste des Herrn Wollhard gesehen hat, konnte sie nicht mißverstehen, denn sie war zu deutlich.

51. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 18. Juni 1931.

1. Vizepräsident Maier teilt mit, daß das Sparparlament der Sparkommission in etwa 14 Tagen im Druck erscheinen werde und dann den Abgeordneten sofort ausgehe. — Einige kurze Anfragen werden, ohne daß im Hause jemand zuhört, durch Verlesen der Antwort der Regierung erledigt. — Abg. Dr. Wollhard (Dem.) vertritt, durch eine Erklärung sein unqualifiziertes Verhalten von gestern so rechtfertigen. Wir können feststellen, daß die Darstellung des Abg. Dr. Wollhard absolut und völlig falsch ist. — Vizepräsident Maier bezeichnet es als ungewöhnlich, daß von einem Abgeordneten ein privates Gedächtnisprotokoll ausgearbeitet werde. Im übrigen sei das Verhalten des Abg. Dr. Wollhard dem Landtag gemeldet, wie man es von einem gebildeten Mann, einem Akademiker, nicht erwarten sollte.

In der Tagesordnung folgt die Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage, die gemeinsam vom Zentrum, der Sozialdemokratie und der liberalen Arbeitsgemeinschaft eingebracht ist, betreffend

Arbeitsvermittlung nach Frankreich

Die Anfrage verlangt Auskunft, nach welchen Gesichtspunkten und unter welchen Bedingungen die Arbeitsvermittlung nach Frankreich durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Stuttgart und der von ihm mit der Vermittlung beauftragten Arbeitsämter erfolgt. — In gleicher Sache haben auch die Kommunisten eine förmliche Anfrage eingebracht. — Ersterer Anfrage wird von Abg. Eigenlaub (Str.) beantwortet; letztere von Abg. Bänning (Rom.). — Der kommunistische Redner gerät wiederholt scharf mit dem Präsidenten aneinander, der ihn erwidern muß, sich in seinen Weisheitsfinten und Ausfällen zu mägen. Bänning bezeichnet die Arbeitsvermittlung nach Frankreich als Skandal zwischen Frankreich und Deutschland.

Die Anfrage wird von Oberregierungsrat Emmels beantwortet. Das Land Baden sei für Arbeitsvermittlung nicht zuständig. Die Arbeitsvermittlung nach Frankreich beruhe auf völliger persönlicher Freiheit. Die Bewahrung der Kommunisten, Arbeiter, die aus Frankreich zurückkommen, würden keine Untersuchungen bekommen, weder sprich den Tatsachen. Eine Vermittlung zu Stellen, die sich nicht für deutsche Arbeiter eignen, wird grundsätzlich abgelehnt.

An der Aussprache über die Regierungsantwort betont

Abg. Krafft (Soj.)

daß an sich der Landtag nicht zuständig sei, man es aber doch berücksichtigen könne, daß die Frage hier erörtert werde. Es stimmt, daß zur Zeit fast gar keine Arbeitsvermittlung mehr nach Frankreich stattfindet. Die vom Arbeitsamt Mannheim nach dem Etsch vermittelten Arbeiter arbeiten dort unter den gleichen Bedingungen wie die einheimischen Arbeiter. Daß es in Frankreich Arbeitsgeber gibt, die den Menschen im Arbeiter nicht achten, darüber sollten sich die Kommunisten im kapitalistischen Zeitalter nicht wundern. Es wäre Aufgabe der französischen Gewerkschaften, für geordnete Verhältnisse zu sorgen. Aber auch im Etsch und Frankreich ist die Schwerkraft der Gewerkschaften durch die kommunistische Propagandamacherei unter den Erwerbslosen. Die Gewerkschaften haben auch über diese Dinge ein maßvolles Auge und werden für Abstellung von Mißständen besorgt sein, wenn solche festgestellt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Kerschler (Rom.) und Klausmann (Rom.) erhalten während der Rede des Abg. Krafft verschiedene Ordnungsrufe.

Abg. Kubu (Zentr.) betont die Freiwilligkeit der Arbeitsaufnahme, rät aber den Arbeitern, dies nur durch Vermittlung des Arbeitsamts zu tun. Den Kommunisten befreit der Redner das Recht, sich über die Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern zu beklagen, solange in Baden noch trostlose Verhältnisse bestehen. Abg. Klausmann (Rom.) gibt ein kleines Zwischenpiel, indem er sich in bestigen Schimpfereien gegen den Abg. Kubu ergeht. Er erhält vier Ordnungsrufe und wird aus dem Saal verwiesen. — Abg. Köhler (NatSoj.), angeregt durch die Schimpfereien des Kommunisten, schimpft in provozierender Weise auf das Zentrum ein, das sich in bestigen Protesten zur Wehr setzt. Es berührt minutenlang Lärm. Ein Zwischenrufer auf der Tribüne wird aus dem Saal gewiesen. — Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Abg. Bänning (Rom.) leht in seinem Schlusswort seine unqualifizierten Angriffe gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie fort. — Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen; die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt.

Aus aller Welt

Sturm über Wien

Wien, 18. Juni. Ein heftiger Sturm, der stellenweise die Stärke eines Orkans erreichte, verurteilte heute nachmittags hier großen Schaden. Schornsteine und Gerüste stürzten ein, und zahlreiche Fenster wurden abgedeckt. Über 350000 wurde die Feuerwehr in Anspruch genommen, und die Rettungsgesellschaft hatte zahlreiche Verletzte zu leisten. Besonders hart schalt hatte zahlreiche Verletzte zu leisten. Besonders hart wurde der Zirkus Hagenfeld mitgenommen. Das Zirkus wurde vom Sturm auseinandergerissen. Einer der großen eisernen Masten stürzte auf den Boden und zerbrach in Stücke. Auch die Apparate der Zirkus wurden zerstört. Die ganze Zirkusanlage mußte in weitem Umkreise abgesperrt werden.

Do X gelandet

Bahia, 18. Juni. Do X ist hier um 12.55 Uhr gelandet.

Zum Tode verurteilt

Nürnberg, 18. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den Maurer Hans Ruppert aus Diersdorf wegen Mordes am Tode und wegen eines Vergehens der Verabredung zum Tode zu drei Jahren Gefängnis. Der Mitangeklagte Wegner Fritz Boos erhielt wegen eines Vergehens der Verabredung zum Tode ebenfalls drei Jahre Gefängnis. Die kürzeren Strafen wurden Ruppert auf Lebenszeit, Boos auf fünf Jahre abertannt. — Diefem Urteil liegt folgender Tatsache zugrunde: Ruppert hatte, um sich Alimentenverpflichtungen zu entziehen, die 19 Jahre alte Arbeiterin Berit getötet, nachdem er vorher Boos gegen Verabredung eines Freitodes und von 30 RM. an dieser Tat zu überreden versucht. Boos hatte es unterlassen, von dem ihm bekannten Mordplan Mitteilung zu machen.

Brand in einem Moselet

Bernfels, 18. Juni. In dem bekannten Weinort Uersia a. d. Mosel, brach heute nachmittags gegen 16 Uhr ein Großfeuer aus. Vier bis etwa ein Dutzend Wohnhäuser eingeschlossen, alle Sachverhältnisse, die zum Teil unter Denkmalschutz stehen. Der Schaden ist beträchtlich. Die Bewohner waren zum Teil nur ganz gering verletzt. Auch die Kirche hing im Dachstuhl Feuer, doch konnte hier der Brand rechtzeitig gelöscht werden.

Der Mörder Maria Herl gefaßt

Pirmasens, 18. Juni. Boreffern hat die Kriminalpolizei den 27 Jahre alten Georg Knerz festgenommen, weil er sich an einem Jahre vergangen hat. Wie die nachträglichen Ermittlungen ergeben haben, hat der Festgenommene noch in einer weiteren Anzahl von Fällen ungesetzliche Handlungen an Kindern vorgenommen. Die Art, wie dies geschah, läßt den bringenden Verdacht aufkommen, daß Knerz auch den Mord an der kleinen, 6 Jahre alten Maria Herl verübt hat.

Ein Mißhandlungsprozeß

Lüneburg, 18. Juni. Vor dem Schwurgericht in Lüneburg begann heute der Prozeß gegen den früheren Direktor des Erziehungsheims Schauen, Paul Straube und, gegen 35 seiner ehemaligen Schüler wegen der Mißhandlungen, die sich im Zusammenhange damit ereignet haben. Die Verhandlung dürfte einen außerordentlichen Umfang annehmen. Man rechnet zunächst damit, daß sie sich bis Mitte Juli hinziehen wird.

Schwerer Straßenbahnunglück in Dresden

Dresden, 18. Juni. Im Korridor zwischen Hühnerwitz und Eitzschan der Linie 15 mit einem entgegenkommenden Straßenbahnzug auf einer einspurigen Straße zusammen. Durch den Zusammenstoß wurden 17 Personen verletzt, davon vier schwer. Der Motorwagen der Dresdener Feuerwehr, Ueberfallkommando und Krankenwagen waren sofort zur Stelle. Die beiden Straßenbahnwagen waren so ineinander verkeilt, daß sie nur durch auf beiden Seiten vorgepannte Triebwagen wieder auseinander gezogen werden konnten. Das Unglück ist auf Verlegen der elektrischen Signaleinrichtung zurückzuführen.

Schauerliches Drama unter polnischen Erwerbslosen

Katowice, 18. Juni. In Nikolai versammelten sich gestern in einer Scheune vor der Stadt mehrere Arbeiter. Einer von ihnen, namens Kalusa, hatte ein altes russisches Gewehr mit abgeschliffenem Blei und zehn Patronen bei sich. Ein anderer Arbeiter forderte nun Kalusa auf, auf ihn zu schießen. Er legte den Kopf ab und entließ die Kugel. Kalusa schob, trat ihn jedoch nur in die Hand, worauf dieser ihn auforderte, noch einmal zu schießen. Als auch der zweite Schuß fehlging, schob Kalusa zum dritten Male und traf den andern ins Herz. Darauf schob sich Kalusa selbst eine Kugel in den Kopf. Die beiden anderen Arbeiter, die inzwischen davongelaufen waren, benachrichtigten die Polizei, die die beiden Leichen vorfand. Der Grund zu diesem Drama ist in Arbeitslosigkeit zu suchen.

Ueberfall auf einen Geldbriefträger aus wirtschaftlicher Not
 Berlin, 18. Juni. Heute früh wurde der Geldbriefträger Hlatol in einem Saal aus zwei jugendlichen Räubern überfallen. Der Ueberfallene konnte sich mit seinem Sammelbeutel

Deutscher Arztetag

Bonn, 17. Juli. Heute vormittag wurde in Anwesenheit des Reichsinnenministers und des preussischen Wohlfahrtsministers der 50. Deutsche Arztetag eröffnet.

Geheimrat Stauder forderte eine einheitliche Ärzteordnung und die Bildung einer Reichsärztekammer, weil die Ärzteschaft unter der derzeitigen Entwicklung leide und bei ihrer Fortdauer eine Schädigung und Entartung des Standes befürchte. Der Arzt soll mehr sein als ein Gewerbetreibender, er soll ein öffentliches Organ der Gesundheitspflege des deutschen Volkes werden.

In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende des deutschen Arztetages, Geheimrat Sanitätsrat Dr. Stauder, der die Sozialpolitik des Staates als stärkste Belastungsprobe für den Arztstand bezeichnete, auch über die Frage des § 218. Er verteidigt die alte konservative ärztliche Anschauung, daß für den Arzt nur der Grundgedanke entscheidend sei, ob der ärztliche Eingriff einer Schwangerschaftsunterbrechung dem Zwecke diene, bei einer bestehenden Erkrankung einer Schwangeren, eine weitere lebensbedrohliche Verschlimmerung zu verhüten. In solchem Falle sei der Arzt zum Eingriff berechtigt. Es widerstrebe aber der ärztlichen Berufsauffassung, eine Operation ohne ärztlichen Beweggrund vorzunehmen, um wirtschaftliche Not zu verhüten. Darum könne die ärztliche Standesvertretung die geforderte Freigabe der gesetzlichen Indikation für Schwangerschaftsunterbrechungen nicht aufheben.

und einer Pistole zur Wehr setzen, so daß die beiden von ihm abließen. Während der eine Räuber festgenommen werden konnte, flüchtete der zweite, konnte aber in seiner Wohnung verhaftet werden. Die Beamten fanden ihn vollkommen entrüstet vor. Sie gaben ihm ihr Frühstücksbrot und brachten ihn aufs Revier. Die beiden jungen Leute waren vor kurzem nach Berlin gekommen. Sie fanden auch Arbeit, wurden aber bald wieder entlassen. Beide sind bisher noch nicht vorbestraft. Sie haben in höchster Notlage gehandelt. Sie werden dem Richter vorgeführt werden.

Lebensgefährliche Hühnerwelle

Eine ungemein starke Hühnerwelle, die in mehreren Städten bereits tödliche Hühnerschläge zur Folge gehabt hat, wird aus Italien gemeldet. Die Temperaturen sind ungewöhnlich hoch. In Bologna mißt das Thermometer seit Tagen 37, in Florenz sogar 39 Grad im Schatten.

Der Tod des schwersten Mannes

In Duisburg ist im Alter von nur 47 Jahren ein gewisser Robert Roggenbort gestorben, der 505 Pfund moog und damit den Rekord für sich in Anspruch nehmen durfte, der dickste Mann Deutschlands, höchstwahrscheinlich sogar der ganzen Welt zu sein.

Nervenzusammenbruch einer Schöpfung

Bei einem Prozeß, der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, kam es zu einer aufregenden Szene. Das Gericht hatte sich mit einem Raubüberfall auf eine Verkäuferin zu beschäftigen, der seinerzeit eine Aktentasche mit 12000 M. entrisen worden war. Während der Vernehmung eines Zeugen sprach eine Schöpfung plötzlich auf, deutete auf die erwerbslosen Angeklagten und rief: „Ich bin eine Arbeiterfrau, ich kann das nicht ertragen!“ Die Schöpfung erlitt einen schweren Nervenzusammenbruch.

Freitod eines Rettors

In einem Wäldchen bei Greifswald fand man am Mittwoch früh den Rector der Mädchenoberschule, Finzenhagen, tot auf. Eine Untersuchung ergab, daß Finzenhagen seinem Leben durch einen Revolvererschuß ein Ende gemacht hatte. Gegen den Rector, der schon im reifen Mannesalter stand, wurden in letzter Zeit Vorwürfe sittlicher Art erhoben. Es gingen Gerüchte um, daß er sich an seinen Schülern vergangen habe. Es ist anzunehmen, daß diese Dinge Finzenhagen in den Tod getrieben haben.

Die Bekattung der Opfer der Schiffskatastrophe

Brand ist nach Rantes abgereift, um in seiner Eigenschaft als Abgeordneter an dem Begräbnis der Opfer der Schiffskatastrophe teilzunehmen.

Am Mittwoch wurde die Leiche des Maschinenführers des Inlandsdampfers „Am Land gepült. Unter den Leiden befindet sich auch ein deutscher Arbeiter namens Nikolaus Kanten, der in einer Fabrik in Rantes beschäftigt war.

Die Regierung hat dem Präseken von Rantes eine Summe von 400 000 Franken als erste Hilfe für die Hinterbliebenen der Opfer zur Verfügung gestellt. Außerdem sind öffentliche Sammlungen eingeleitet worden. So u. a. vom Nationalverband der Arbeiterkammern und Gewerkschaften.

Unterschlagungsandal

Auf dem Berliner Bezirkssamt Brenzlauer Berg sind Mündelgelber in Höhe von 10 000 M. unterschlagen worden. Die Unterschlagungen erfolgten durch den Ständesortmund Jitzelmann. Er hat sich insbesondere Alimentengelder angeeignet. Jitzelmann wurde sofort seines Amtes enthoben. Außerdem wurde Straflosigkeit gegen ihn erstrafet.

Hilfer- und Stennes-Leute auf dem Kriegsfuß

Danzig, 18. Juni. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wurden der nationalsozialistische Standartenführer Kilmann und sechs seiner Gefinnungsfreunde verhaftet und in das Gerichtsgewahrsam eingeliefert. Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit einem Ueberfall, der von nationalsozialistischer Seite auf mehrere Anhänger von Stennes verübt wurde.

Felix Weingartner bewirbt sich um das Baseler Bürgerrecht

Wie die Neue Baseler Zeitung vernimmt, hat sich Felix Weingartner um das Bürgerrecht der Stadt Basel beworben. Der berühmte Musikdirektor, ursprünglich Oesterreicher, wurde infolge Gebietsänderungen nach dem Weltkrieg italienischer Staatsbürger. In der Baseler Bürgerkommission ist das Aufnahmegeruch behandelt worden. Es wird dem Bürgeramt anlässlich der nächsten Bürgeraufnahmen ohne besonderen Bericht zur Erledigung vorgelegt, so daß die Verleihung des Baseler Bürgerrechts an Felix Weingartner noch vor dem Sommererlen erfolgen kann.

Aufhebung der gewerbsmäßigen Stellungsvermittlung

Nach dem Gesetz über die Entschädigung der gewerbsmäßigen Stellungsvermittlung vom 25. März 1931 müssen alle gewerbsmäßigen Stellungsvermittler mit Ausnahme der Komfortagenten spätestens am 30. Juni ds. J. ihren Betrieb schließen.

Ratifizierung der deutsch-polnischen Uebereinkunft vom 31. Oktober 1929

Die zur Regelung von Fragen des Teils 10 des Vertrages von Versailles (Quadrationsabkommen) abgeschlossene deutsch-polnische Uebereinkunft vom 31. Oktober 1929 und das dazu gehörige Schlusprotokoll sind ratifiziert worden.

Schächterverbot in Braunschweig

Braunschweig, 18. Juni. Im Landtag wurde heute das Verbot des Schächterns von Tieren angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Darnach darf das Schächten sämtlicher Viehs, einschließlich Ferkels, nur nach vorheriger Betäubung stattfinden.

Sonnengebräunte Haut
NIVEA - CREME
NIVEA - OIL

Kleine bad. Chronik

Orkan über dem Bodensee - Zahlreiche Verletzte auf dem Dampfer „Bregenz“

Konstanz, 18. Juni. Heute vormittag um die zehnte Stunde brauste ein heftiger Westwind, der sich stellenweise zum Orkan steigerte, über den Obersee. Die Wellen des Sees wurden bei dem zur Zeit ungewöhnlich hohen Wasserstand gewaltig aufgeschwungen, so daß zahlreiche Schiffe in große Bedrängnis kamen. Dem österreichischen Dampfer „Stadt Bregenz“, der zwischen Lindau und Bregenz verkehrte, wurden durch eine mächtige Sturzwelle sämtliche Fensterheben des Salons eingeschlagen, wodurch zahlreiche Passagiere verletzt wurden. Auch dem badischen Dampfer „Stadt Ueberlingen“ wurden die

Fensterheben zertrümmert. In Lindau wurden die Seebadanlagen schwer beschädigt. Der Landungssteg in Nonnenhorn wurde so stark beschädigt, daß die Schiffe nicht mehr anlegen können.

Defingen, 18. Juni. Tödlicher Sturz. In seiner Scheune stürzte der 37 Jahre alte Landwirt Konrad Kopper ab und blieb mit einer schweren Gehirnerkrankung tot liegen.

Freiburg i. Br., 18. Juni. Verbrüfung mit Todesfolge. Eine Schreinerweibin von hier verbrühte sich anfangs Juni in ihrer Waschküche beide Arme und Hände. Sie ist jetzt in der chirurgischen Klinik ihren Verletzungen erlegen.

Benshal, 18. Juni. Das Unwetter vom 7. Mai. Die hiesigen städtischen Werke besitzern ihren durch das Hochwasser vom 7. Mai ds. Js. verursachten Schaden auf rund 9000 M.

Flehmagen bei Breiten, 17. Juni. Fischsterben. Neuerdings wird im Kraichbach ein Fischsterben beobachtet, das zweifellos auf Vergiftung zurückzuführen ist. Von Verdägen der seite sich auf dem Wasserpiegel eine blaue Delfschicht. Erhebungen sind im Gange.

Aus der Stadt Durlach

Den Tod im Rhein gesucht und gefunden hat am Mittwoch nachmittag bei Maxau ein hiesiger verheirateter Schneidermeister. Wirtschaftliche Not dürfte den an sich nervösen Mann zu dem Schritt geführt haben.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetteraussehen für Samstag, 20. Juni 1931: Unbeständig und kühl, zeitweise Regenschauer (vereinzelt mit Gewitterbegleitung), bei härteren westlichen Winden.

Auskünfte

R. A., Söllingen. Die letzte Befanntmachung des Gen. Müller ist richtig.

Für heiße Tage!

- Wasch-Joppen offen und geschlossen 4.50
zu tragen, gedeckte Muster 5.00
- Lüster- und Tussor-Jacken 7.90
guter Sitz und Verarbeitung 9.75
- Herren-Sirohhüte 1.45
Motelot-Form, Fantasie-Gefächte 1.75
- Herren-Formhüte 1.45
Haar besonders leicht 1.75
- Wander-Hosen 6.90
Tuchieder von an
- Ledersportgürtel 95 Pfg.
mit Dorn und Schließe von an

KNOPF

5044

Zwangs-Versteigerung.

4 VT. 42/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am
Dienstag, den 4. August 1931,
vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kantstr. 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück des Christian Göhr, Kleinhäuser in Karlsruhe, Ritterstr. 30, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Nachweise über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Die Versteigerungsanordnung wurde am 31. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Rechte, die zur selben Zeit nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Auforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sie werden sonst im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstandes. 1227

Grundstücksbeschrift:

Grundbuch Karlsruhe, Band 164, Blatt 3:
Lob. Nr. 3413; Ritterstr. 30.
Sofrette 4 a 58 qm
Hausgarten 5 a 44 qm

Auf der Sofrette steht ein dreistöckiges Wohnhaus und Seitenflügel rechts mit gemauerten und Schindelfelder, eine einständige Veranda.

Karlsruhe, den 1. Juni 1931.
Bad. Notariat IV
- Vollstreckungsgericht -

Grundstücks-Zwangsversteigerung

II VT. Nr. 88/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am
Freitag, den 14. August 1931
vormittags 10 Uhr,

im Rathaus zu Forchheim die Grundstücke des Gesamtguts der ehelichen Gütergemeinschaft zwischen Heinrich Rißner III, Landwirt, und seiner Ehefrau Korndorfer, Köchel in Forchheim sowie des Heinrich Rißner III, Landwirt in Forchheim.

Die Nachweise über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen.

Die Versteigerungsanordnung wurde am 14. Nov. 1930 im Grundbuch vermerkt. Rechte, die zur selben Zeit nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Auforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sie werden sonst im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstands.

Grundstücksbeschrift:

Band 25, Blatt 14:
Lob. Nr. 5: 3 a 34 qm Hofreite mit Hausgarten im Ortsetter - Waldstr. 113.
Auf der Hofreite steht:

a) ein einstöckiges Wohnhaus mit Keller, b) ein einstöckiges Wohnhaus mit Keller mit Stallung und angebauten Schweinefläßen.

Schätzungswert 4000 RM.
Lob. Nr. 10: 5 a 45 qm Hausgarten im Ortsetter 100 RM.

Band 28, Blatt 4:
Lob. Nr. 2177: 16 a 02 qm Ackerland im Gewann Altheingewann 300 RM.
Lob. Nr. 899 a: 11 a 25 qm Ackerland im Gewann Mittelgewann 280 RM.

Band 7, Blatt 33:
Lob. Nr. 374: 12 a 02 qm Ackerland im Gewann am Bickesheimerweg 240 RM.
Lob. Nr. 1312: 16 a 98 qm Ackerland im Gewann Bedelweg 280 RM.

Lob. Nr. 2154: 11 a 39 qm Ackerland im Gewann Altheingewann 180 RM.
Karlsruhe, den 12. Juni 1931. 1228
Bad. Notariat II - Vollstreckungsgericht.

Ämtliche Bekanntmachungen

Danksagung
Allen denen, die meinem lieben Manne das letzte Geleit gegeben haben, sage ich herzlichen Dank
Frau Marie Heidinger
Witwe 5083

GAGGENAU IM MURGTAL
bei Baden-Baden
Wörishoten in Baden
Kneipp'sche Wasserkur- und physikalische Therapie, Waldsee-, Luft- und Sonnenbad sowie Wassertrichter für Kneippplaner, verbunden mit Sportplätzen und Tennisplätzen in mitten von staubfreiem Wiesengelände und gutgepflegten Wäldern. Bevorzugter Aufenthalt für Wanderer, Wochenender, Kur- und Feriengäste. Billige Preise.
Keine Kurtaxe. Auskunft Verkehrsverein.

Tomaten täglich frisch eintreffend, Pfd. 36 Pfg.
Neue Kartoffeln goldgelb, Pfd. 12 Pfg.
Bananen schöne gelbe Ware, Pfd. 36 Pfg.
Abgabe nur an Mitglieder 5055
Lebensbedürfnisverein

Sie staunen
über die Preise unserer neuesten großen Sendung
Bettfedern und Daunen
Kommen Sie und überzeugen Sie sich!
Schöne Gänsefedern Pfund 3.75
bei
Sigmund Wertheimer
Kreuzstraße 10 - hinter der kleinen Kirche

Befanntmachung
Verkauft werden zu jedem annehmbaren Preis die letzten Restposten der übernommenen Ware.
Sie kaufen billiger als auf einer Versteigerung, nur Qualitätsware.
Hier einige Artikel als Beispiele:
Bettmatten hübsche Muster, beste Qualität, 130 cm brt. Nr. 0.85 M.; Kessel, extra schwere Ware, 150-160 cm brt. Nr. 0.99 M.; Haustuch für Bettüber, la Qualität, 150 cm brt. Nr. 0.90 M.; Cretan für Bett- und Leinwand Nr. 0.45 M.; Blauer Drell, elegant für Arbeitsanzüge und Schürzen Nr. 0.70 M.; Mandelker, la. Ware in versch. Farben für Anzüge und Hosen Nr. 1.75 M.; Sportkappen (Breeches) in allen Größen pro Stück 4.50 M. Benutzen Sie diese außerordentlich günstigen Gelegenheiten. Der Verkauf findet solange der Vorrat reicht, Karlsruh, 82 2 Treppen hoch, hatt. 5082
Sehr günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Bruchsaler Anzeigen
Einladung.
Bürgerauskunftshung.
Die verehr. Mitglieder des Bürgerauskunftshunges berufe ich hiermit zu einer Versammlung am
Freitag, 26. Juni 1931, 15 Uhr,
in die Turnhalle der Oberrealschule.
Die Tagesordnung wird besonders aufgestellt.
Bruchsal, den 16. Juni 1931.
Der Oberbürgermeister.

Schlafzimmer
in Schleifrad reich neuwertig, groß, 3 1/2 Ankleidekranz, Pfeifertisch, kompl. für nur 390.- Mk.
zu verkaufen.
H. Hain & R. Rünzler
Waldstraße 6.
30 Stück neue moderne Damen-Strickhüte in schwarz, weiß u. allen Farben Restposten Stk. 1.- Wert bis 12.- Gute Strohhut, klein u. groß, auch farb. Stk. 70.- Herrenh. 20.- I. bei Frau Bogel. 5047

Die Mehrgerei Knecht in Durlach
empfiehlt für morgen Samstag
In. Mühlfleisch Pfund 90 Pfg.
Mühlfleisch 70
Eßigbraten 70
Kalbfleisch zum Einmachen 80
Kalbfleisch zum Braten 90
Schweinefleisch zum Braten 85
Schweinefleisch zum Braten 85
Dachfleisch 40
Zungenfleisch 40
Sämtliche W. Würstwaren 1.-
Kraut 80 Pfg.
Kraut in Kranzform 80

Mehrgerei Karl Knecht
Durlach, Kelterstraße 10

Gaggenauer Anzeigen
Wohnungsfürsorge.
Zu vermieten ist eine Wohnung von 5, 4, 5 oder 6 Zimmern.
Der Bürgermeister.
Schneber.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

19. Juni.

1623 *Frans. Philosoph Blaise Pascal. — 1650 *Kupferstecher M. Merian d. Ältere. — 1819 *Sozialistischer Dichter Albert Duff. — 1884 *Maler Ludwig Richter. — 1899 *Richterhausvorlage. — 1900 *Mobilisierung gegen China. — 1918 *Armenien erklärt sich unabhängig. — 1922 *Gewerkschaftsstatute in Leipzig.

Schuh-Philosophie

Eben vom Stempeln kommend, schlendert der Sepp gemütlich durch die Straßen, interessiert die Auslagen der Geschäfte betrachtend. Wenn man schon nicht kaufen kann, denkt er, das Anschauen kostet ja nichts. Und in seiner leichtbeschwingenen Phantasie stellt er sich vor, was er kaufen würde, wenn er könnte. Heute bleibt er vor einem großen Schuhgeschäft stehen und beäugt die ausgestellten Paare mit sachverständigen Kennerblicken. Diese da, meditiert er, sind wohl einfach, auch ziemlich haltbar und nicht teuer, es sind so rechte Gebrauchsschuhe für den Alltag; sie werden wohl von Millionen Menschen getragen. So recht Durchschnittsware — wie die meisten ihrer Träger auch. — Dort die schweren ungefügen Klöße, ja das ist wohl nur für den schwerarbeitenden Werkstätigen, für den Land- und Waldarbeiter und so. Mit so einem Stiefel kann man getrost mal anstehen, das macht nichts aus. Nicht gerade elegant, aber festgeflügelt, ausdauernd und zuverlässig, ganz das Abbild derer, die sie tragen. Hui — sieh mal da, die zierlichen kleinen Dinger! Mit glänzenden Schmalen geschmückt und mit Brotat befeht, sind sie bestimmt an den Füßchen einer stolzen Schönen im Ballsaal zu prunken. Eigentlich sind sie mehr zum Anschauen da; sie sind grazil und zimperlich genau wie ihre Trägerin und — bei Zufall — ebenfals leicht verdorben wie diese. —

Ach, hier diese kleinen Babyschühchen! Ich sehe sie förmlich vor mir, die junge Mutter, wie sie ihrem Erstling die ersten Fußhüllen anpaßt! Und wie rasend vergeht die Zeit, wie bald kommt der Tag heran, da das Kind zum Jüngling, der Jüngling zum gereiften Mann wird, die Kinderschuhe ausgetreten hat und auf eigenen Füßen durchs Leben schreitet!

Und hier — ach, gibts das auch noch? Diese rotgeblühten Hauschuhe aus Plüsch, die einem auf einmal die längstvergangene Kindheit vor den Geist zaubern. Wie war es doch so friedlich und traut, wenn früher der Großvater mit der langen Pfeife, die Großmutter mit dem Strickstrumpf, beide die roten Plüschschuhe mit den schönen Blumenmustern darauf an den müden Füßen, abends vor der Haustüre saßen. Heute trägt man die Oma Bibikopf, kniefrei, Bemburg und rotlackierte Lackstiefel. —

Noch einen Rundblick auf all die Schuhherrlichkeiten ringsum, noch einen mehligigen Blick auf seine eigenen schiefen Treter, dann tragt der Sepp langsam weiter. Wohl dem, denkt er, der fest in seinen Schuhen steht, darin stets den rechten geraden Weg wandelt und sich nicht aus der Ruhe bringen läßt.

Tragik der Mutterchaft

Die Frauenaktion der SPD. hatte auf Mittwochabend in den Saal des Elekanten eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Frauenversammlung einberufen. Als Referent war Genosse Dr. Marcuse-München gewonnen worden, der als gründlicher Kenner und Forscher auf dem Gebiet der Bevölkerungstheorien sich seit Jahren in Schrift und Wort zum Anwalt der unter dem Zwang zur Mutterchaft leidenden Frau gemacht hat. Die Frage der Vermehrung der Kinderzahl ist für die SPD. kein persönliches Frauenproblem, von dessen Lösung allein die mehr oder minder schwere Belastung der Frau als Hausfrau und Mutter abhängt. Sie ist vielmehr eine Frage, die die ganze Arbeiterschaft aufs tiefste berührt, weil nur durch Rationalisierung der Geburtenzahl jedem einzelnen Kind die Fürsorge der Eltern gesichert werden kann, die die Vorbedingung für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse ist. Es wird umso leichter sein, die Frau zur politischen Aktivität in wirtschaftlichen Fragen zu erziehen, die geistige Kameradschaft zwischen den Geschlechtern anzubahnen, je mehr auch der Mann Fragen Beachtung schenkt, die nur bei oberflächlicher Betrachtungsweise reine Frauenfragen sind. In der ihm eigenen bereiten und umfassenden Darstellungsweise gab Gen. Dr. Marcuse einen Ueberblick über den kulturgeschichtlichen Entwicklungsprozess der Bevölkerungspolitik, um dann näher auf gegenwärtige Verhältnisse einzugehen. Das Ueberhandnehmen der Frauenarbeit als Folge des kapitalistischen Systems hat die ökonomischen Wurzeln des Bevölkerungsproblems bloßgelegt und es für uns Sozialdemokraten aus einer Gemüts- und Weltanschauungsfrage zu einer wirtschaftlichen von den augenscheinlichen Umständen abhängigen Angelegenheit gemacht. An Statistiken, die zum großen Teil auch von badischen Gelehrten aufgestellt worden sind, bewies Gen. Dr. Marcuse den Klassencharakter der Gesetzesparagrafen, die Geburtenverhütung mit Strafe verfolgen. Mit scharfen Worten wandte sich der Redner gegen die Sittlichkeitsanklagen, die durch ihre oberflächlichen und nichtsozialen Strafgedrohungen Heuchelei und Verlogenheit für und für öffnen. Wir Sozialdemokraten kämpfen gegen den § 218 nicht weil wir die Abtreibung befürworten, sondern weil wir sie mit ihren Folgen von seelischen und körperlichen Qualen durch die Aufhebung des Zwanges zur Mutterchaft verbieten wollen. Zu welchen Grötzen die heutige Handhabung der Gesetzesbestimmungen noch führen kann, zeigte ein paar dunkle hauerische Gerichtsszenen, die sich erst in den letzten Monaten abgespielt haben und die lebhafteste Heiterkeit der Zuhörerchaft hervorriefen. Derassicher und anhaltender Beifall dankte dem Redner für seine aufklärenden Ausführungen. Eine Reihe Zuhörerinnen reichte schriftliche Fragen ein, die Gen. Dr. Marcuse ausführlich und mit großer Sachkenntnis beantwortete. Gen. Dr. Marcuse konnte die gut verlaufene Versammlung um halb 11 Uhr schließen. e. st.

Achtung! Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen!

Montag, den 22. Juni, abends 6 Uhr (18 Uhr), wichtige gewerkschaftliche

Funktionär-Versammlung

im oberen Saal des Konzerthauses mit Vortrag von Genosse Minister Dr. Kemmel. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. 2. Diskussion.

Zurück haben nur Kolonnen und Kollegen, die sich durch das Parteibuch der SPD. legitimieren können.

ADGB, Ortsauskunft Karlsruhe.

„Liederliche Schlamperei“

im Karlsruher Nazi-Betrieb

Das verschwundene Kassenbuch

Bei 26 Grad im Schatten wurde Mittwoch vor dem Karlsruher erweiterten Schöffengericht eine Sache verhandelt, die seit zwei Jahren die Karlsruher und die auswärtigen Gerichte beschäftigte. Die Sache wurde vor dem hiesigen Schöffengericht schon zweimal (Juli und August v. J.) verhandelt. Es handelte sich um eine Anklage gegen den hier wohnhaften Kaufmann Otto Albert Meiner, der in seiner Eigenschaft als früherer Gauassessor der sog. nationalsozialistischen Arbeiterpartei ca. 1300 M. Parteigelder unterschlagen haben soll. Den Vorfall der in der Frühe, um 8 Uhr, beginnenden Verhandlung führte Amtsgeschäftsdirektor Straub. Als zweiter Richter fungierte Amtsgeschäftsrat Badtsch, während dem Angeklagten Rechtsanwalt Hoffmann als Verteidiger zur Seite stand. Ferner waren ein kaufmännischer Sachverständiger und nicht weniger als 17 Zeugen geladen.

Der Angeklagte bestritt ebenso wie in den früheren Verhandlungen jegliche Schuld. Er bemerkte eingangs seiner Einvernahme, daß er zu dem Gauassessor Wagner-Badtsch wegen dessen ungetreuen Geldausgaben, die er nicht decken wollte, in Opposition stand und deshalb von ihm aus Rache verfolgt werde. Er habe die Kassen im Februar 1929 übernommen und die Kasse in der angelegten Weise ehrenamtlich d. h. ohne Vergütung nach bestem Können weitergeführt und dafür seine freie Zeit in den Abendstunden geopfert. Nachdem er aber gesehen habe, wie in der Partei der Hete laufe, habe er im November 1929 um seine Enthebung von dem Posten als Gauassessor nachgesucht und habe sodann seinen Austritt aus der Partei bewirkt. Wenn ihm danach nun auf einmal von Herrn Wagner Unterschlagungen zur Last gelegt werden, (Wagner wollte ihn gleichzeitig mit der Anklage 14 Tage vor Weihnachten sogar verhaften lassen) so wolle er darauf hin, daß seine Bücher während seiner Amtszeit zweimal von Revisoren geprüft worden seien, die alles in Ordnung befunden und ihm Entlastung erteilt hätten. Dringende Ausgaben für den Bruder des Führers habe er über aus seiner eigenen Tasche bezahlen müssen, wenn kein Geld vorhanden gewesen sei, so daß er noch heute Geld zu bekommen habe.

Den Ausführungen Meiners folgte eine langwierige Beweisaufnahme. Nach Verlesung der langen Protokolle der auswärtigen Gerichte über kommissarische Vernehmung von Zeugen wurden die hauptsächlichsten geladenen Zeugen gehört, die zum Teil der Nazi-Partei angehören. Auf eine Reihe von Zeugen wurden verzichtet. Der Hauptposten der angeblich unterschlagenen Gelder war der Betrag von ca. 600 M. Eintrittsgeldern, da jede Aufnahmeanfrage 1 M. Eintrittsgeld beigefügt sein mußte. Wo diese Gelder eigentlich hingekommen sind, kann heute überhaupt nicht mehr festgestellt werden. Nach den Ermittlungen des Gerichts ist der angeblich unterschlagene Betrag von 600 M. auf etwa 350 Mark zusammengeschrumpt, aber auch über deren Verbleib kann nichts nachgewiesen werden, da die Belege fehlen. Das Hauptbeweismaterial, nämlich das Kassenbuch 28/29 ist spurlos verschwunden. Die Verhandlung über dieses Mysterium nahm lange Zeit in Anspruch. Es wurde durch Zeugen festgestellt, daß man nach dem Austritt des Gauassessors aus der Partei die gesamte Kasseneinrichtung durch Beauftragte der Roten Adler hat abholen und nach der Parteizentrale in der Douglasstraße hat verbrachten lassen.

Meiner hat sich von den Roten Adlern vorfahrigweise über die abgehobenen einzelnen Stücke (Schreibmaschine, Tisch, Ordner und dergleichen Kassenbuch 28/29) eine Quittung geben lassen, die sich bei den Gerichtsakten befindet. Dieses Kassenbuch aber ist von jenem Tage verschwunden. Auf die Frage des Vorsitzenden an Meiner, wie er sich dieses Verschwindens erkläre, ant-

wortete der Angeklagte, daß er das Buch bestimmt mitgegeben habe, was ja auch unter schriftlich bezeugt ist. Er behauptet, daß das Kassenbuch nur in der Parteizentrale Douglasstraße verschwunden sein könne, um zwei Posten nämlich 1450 M. Bruchsal, eingenommen von Herrn Wagner und 80 M. von Herrn Moraller von der Gaukasse erhoben, aus der Welt zu schaffen. Was sonst noch an Büchern und Belegen als Beweismaterial vorhanden war, war in einer derartigen Auflösung, daß kein Mensch daraus etwas herausbringen könnte, auch der kaufmännische Sachverständige nicht, der einfach nicht in der Lage war, ein schlüssiges Gutachten abzugeben. Er bezeichnete schon in den vorhergehenden Verhandlungen die Buchführung als absolut unübersichtlich und ungenügend und der Vorliegende charakterisierte die Geschäftsführung verschiedentlich als „liederliche Schlamperei“.

Eingehende wurde auch über die Kassenprüfungen der Nazi-Partei im Mai und Juli 1929 verhandelt. Die betreffenden Revisoren, Telegrafenaspirant Kessinger und die Reichsbahnbeamten Venz und Höfer wurden als Zeugen vernommen. Sie haben protokolllarisch alles in bester Ordnung befunden und ausdrücklich keinerlei Beanstandungen ermittelt. Sie mühten auch vor Gericht diesen Befund zu beweisen und dabei durch Herausgabe, sie hätten nur eine formale Revision vorgenommen und quasi im Glauben die einzelnen Posten mit den vorhandenen Belegen verallgemeinert. Zu einer tatsächlichen Revision hätten die Unterlagen gefehlt. Das Gericht bezeichnete derartige „Revisionen“ mit Recht als vollkommen wertlos.

Als einer der letzten Zeugen wurde Seine Wichtigkeit Herr Gauassessor Wagner-Badtsch vernommen. Er gerühmt von den behaupteten Verleumdungen des Angeklagten absolut überzeugt zu sein. Er habe schon im April 1929 dem Angeklagten Meiner nicht vertraut und Beurlaubung genommen, ihm auf die Sinauer zu sehen. Daraufhin brachte aber der Verteidiger H. Hoffmann einen Brief des Herrn Wagner an den Angeklagten Meiner vom 29. Mai 1929 zur Verlesung, in dem er Meiner ein Landtagsmandat anbot. Als sich auf diese Mitteilung hin Wagner in Karlsruhe bemerkbar machte, erhielt Herr Wagner-Badtsch in merkwürdiger Weise über seine verschiedenen Auffassungen der moralischen Qualität seines damaligen Parteigenossen Meiner konnte er damit nicht aus dem Melt zu schaffen.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwalt Herz vertrat den Standpunkt, daß der Angeklagte in einzelnen Punkten verdächtig erscheine und zweifeln das Kassenbuch selbst habe verschwinden lassen, um Beweismaterial aus dem Wege zu räumen. Er hatte allerdings angefragt der öffentlichen Dürftigkeit des Ergebnisses der Beweisaufnahme nicht den Mut, ein bestimmtes Strafmaß in Vorschlag zu bringen, sondern stellte Strafmaß und Straftat ganz in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger, H. Hoffmann plädierte in kurzen Ausführungen, in denen er prägnant und überzeugend die Unschuld seines Mandanten darlegte und dessen Freisprechung verlangte. Er wies nochmals auf die merkwürdigen Tatsachen des Angebotes eines Landtagsmandats hin an einen Mann, dem man Veruntreuungen von Parteigeldern zur Last gelegt sei, was offensichtlich, daß man Meiner wegen seines vermutlichen Gewinnwechsels verfolgen wollte.

Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte wird von der erhobenen Anklage freigesprochen. Die Kosten hat die Staatskasse zu tragen. Weitere mögen nicht gering sein.

Die Polizei berichtet:

Brandshaden

Vermutlich infolge Funkenflug aus der Feuerung geriet gestern in einer Bäckerei in Mühlburg neben dem Backofen liegendes Papier und Anzeuwerbeln in Brand. Das Feuer erlitt dann auf einen nachgelagerten Schuppen über, wo verschiedene Dachpappen anbrannten. Der inzwischen herbeigerufenen Berufsfeuerwehr gelang es gemeinsam mit dem Inhaber der Bäckerei, den Brand in kurzer Zeit zu löschen und weitere Gefahr zu beseitigen.

...halb und halb!

—misch doch mal Bohnenkaffee mit Kathreiner!
Das ist gesünder — und nur halb so teuer...

Verkehrsunfälle

In der Sofientstraße kam gestern früh auf der nassen Asphaltstraße ein Personkraftwagen ins Schleudern und stieß mit einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Lastwagen zusammen; hierbei fuhr die Bugmaschine des Lastwagens noch ein Stück weit auf den Gehweg und rief einen feineren Gartenpfosten um. An den Fahrzeugen entstand unerheblicher Sachschaden.

Bei der Einfahrt in das Postgebäude am Stephansplatz entgleiste gestern nachmittags ein Straßenbahnpostwagen infolge eines in den Schienen liegenden Eisenstückes. Durch Angeteilte

des Städt. Bahnamtes wurde der Wagen in kurzer Zeit wieder in die Gleise gebracht. Durch den Vorfall hatte sich eine erhebliche Anzahl Zuschauer angeammelt.

Lichtspielhäuser

Palast-Lichtspiele

Heute Premiere mit der großen Ausstattungsoperette „Die Königin der Nacht“. Ein Abenteuer an der Riviera, nach Marchand'schen Romanen. Die Frau einer Nacht. Eine Ausstattungsoperette, die man mehr an Dekorationen noch an Kostümen gepart hat. Sie hatte das prächtige Lichtspieltheater, zeigte eine pompöse Krönung einer noch pompöseren Kathedrale. Was die reizende Garde mit dem maritimen zu Werke anreizen, vergaß nicht den Baufehlslager doch ein Hof und konnte auch dafür, daß bei der Ballspieltheater in den großen Spieltheater gebauten Sälen des Schlosses viel hübsche Frauen und Männer sich in entzückender Aufmachung drehten. Zwischen diesen Bräutigamsrollen ein amüsanter Stoff ab. Die Prinzessin Cleana lernt ausgerechnet zwei Tage von der Krönung den neuen König kennen. Für ihn die Königin einer Nacht und verschwindet dann heimlich mit ihm, weil der politische Thron nicht. Der Thron erhebt doch die Hilfe der zukünftigen Gemahlin in Paris, wer der Thron seiner zukünftigen Königin ist. Bringt in das Schloss ein und bringt die Braut zum König dazu, auf den Thron zu steigen der Liebe zu verzagen. Der König sieht Monte, denkt an Monate, an jenes Königreich, dessen Herrschaft er sich schon durch Erbverträge besonders bekannt gemacht hat. Die Wahl, die von Otto Strauß zusammengeleitet wurde, ist wunderbar. Gut Strauß ist der König von der Frau einer Nacht und das Ziel von der „anbiedernden Frau“, die so schön ist!

() Arbeitertribüne. Der Arbeiter Karl B. hat beim hiesigen Tiefbauamt, Abteilung Straßenreinigung und Müllabfuhr, heute auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Seine Kollegen ehrten ihn aus diesem Anlaß durch Ueberreichung eines hübschen Geschenkens. Der Jubilar ist durch sein rubines Wesen allen seinen Arbeitskollegen sehr beliebt und geachtet. Auch die Vorwärts-Sängertruppe ist Freund B. ebenso wie seiner Organisation, dem Gesamtverband, ein treuer Anhänger. Dem Jubilar, der auch ein alter Abonnent unseres Blattes ist, unsere herzlichsten Gratulationen.

Veranstaltungen

Sonntag-Nachmittagskonzert im Stadtpark. Am Samstag, 20. Juni, konzertiert im Stadtpark, von 16 bis 18 Uhr, das Philharmonische Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Strang. Das Konzertprogramm besteht in einer reichhaltigen Abwechslung einige unter anderem Erholungsstunden, weshalb der Besuch dieses Konzerts dringend empfohlen werden kann.

Kaffee Bauer. Im heutigen Konzerte spielt Karl Schenkerberg Werke von Solowjow und Uccelli. Am Abend ist Operetten- und Scherzoperette. (Liedle die Ansetzle.)

(1) Abfertigung an Bord. Samstag und Montag 15.15 Uhr...

Daxlanden

Der Freie Turn- und Sportverein e. B. Daxlanden beacht am 20. und 21. Juni auf seinem neuhergerichteten Turn- und Spielplatz...

Kinheim

Parteiversammlung. Die Genossinnen und Genossen seien nochmals an dieser Stelle auf die am Samstag, den 20. Juni, im Vereinszimmer...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Table with columns for dates (18 Juni, 17. Juni) and various social events like 'Sozialistische Studentengruppe', 'Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe', 'Freier Devisennotierungen'.

Partei-Nachrichten

Internationaler Sozialistenkongress in Wien. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Badens...

Saasfeld. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag verchied unerwartet und unbemerkt von seiner Familie unser lieber Freund...

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Freitag, den 19. Juni: Gaggenau, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Gambinus“...

Samstag, den 20. Juni: Kinheim: Abends 8 Uhr Parteiversammlung im „Birch“...

Sonntag, den 21. Juni: Söllingen, Amt Karlsruhe: Vormittags halb 9 Uhr im Rathaus...

Dienstag, den 22. Juni: Karlsruhe: Abends 8 Uhr in der Hebelstraße...

Mittwoch, den 23. Juni: Baden-Baden: Abends 8 Uhr in der Brauerei „Hieber“...

Donnerstag, den 24. Juni: Göttingen, Amt Karlsruhe: Abends 8 Uhr im „Döhen“...

Freitag, den 25. Juni: Gaggenau, Amt Karlsruhe: Abends halb 9 Uhr im „Bödischen Hof“...

Samstag, den 26. Juni: Rehl: Abends 8 Uhr im „Barbarossa“...

Sonntag, den 27. Juni: Gernsbach, Amt Rastatt: Mittags 3 Uhr im „Bödischen Hof“...

Bei der hohen Bedeutung, die den Verhandlungen des Parteitages zukommt, wird die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder...

Ab heute neu auf unseren Einheitspreis-Tilchen. Bade-Mützen -25, Kissen-Bezüge 1.-, etc. 'Boländer' DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN

Sport. Sonnenwendfeier in Reichenbach. Die hiesige Ortsgruppe des Turnvereins...

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Sonntag, Beteiligung der aktiven Mitglieder...

Eröffnungs-Angebot! Die stannend billigen Preise sind der Beweis unserer Leistungsfähigkeit. Straßanzüge: 22.50, 25.50, 35.- Mh. Sportanzüge: 20.-, 25.-, 35.- Mh.

Tag der Arbeit in Durlach, 20.-21. Juni auf dem Turngemeindeplatz (Grötzingler Straße). Samstag, 20. Juni, 9 Uhr Fackelzug...

Ein EWERbewoche ERB bei Tausende Stammkunden wissen, wie preiswert Erb ist, denn Erb führt 1. nur Qualität und 2. kalkuliert Erb sehr niedrig...

Konkurs-Ausverkauf Kaiserstraße 191 (Laden links) 20-30% RABATT Herren-Hüte / Mützen Kinder- u. Knabenmützen / Krawatten

Freibank Durlach. Heute Freitag, abend ab 8 Uhr und morgen Samstag vormittag ab 7 Uhr. Schönes Kuhfleisch. Das verbesserte Spülweingetränk, gas. gesch. trinkt jeder gern...

Das Werbeangebot. Waschkleider einfarbig Zellin, mit buntem Besatz 2.80. Strümpfe Knechtel-Waschhaide, platt, Schlie, Spitz u. Fersen extra...

GLORIA PALAST

Herrlich wie alle Schwedentilme
ist auch der ab heute rezigierte **Glücksmelodie**
mit Musik, Geräuscheffekten und Gesangs-
einlagen

Glücksmelodie

(Akkorde der Liebe). Eine Stockholm-Geschichte
von Paul Merzbach.

Hauptdarsteller: **Elizabeth Frick, Hakan Westergren, Stina Berg, Jenny Hasselquist** u. a. m.

**Der Film ist ein neuer Beweis dafür, daß
Qualität zum Erfolg führt.**

Hierzu noch als 2. Schlager:

Die Sünde der Lissa Kraft

(Die an ihrer Liebe sterben).

Ein ganz hervorragender Sittentilm mit äußerst
starken und spannenden Momenten.

In den Hauptrollen: **Milly Delschaft, H. Grütecher,
Harry Hardt, Karl Platen, Paul Heidemann** etc.

Im Beiprogramm:
Aus Not geboren (von der Hygiene-Ausstellung
Dresden)

Emelka-Woche 25

Anfang: **3.30 6.15 8.40 Uhr.** 5067

... und ab heute, Freitag, zum

Bockbier-Fest in die Kammer-Lichtspiele

Das lustige Tonfilm-Volksstück mit
**Hans A. Schietow, Ludwig Stössel, Mylone-
münz, Marg. Kupter, Ida Wüst, Kurt Lillen** usw.

Außerdem zeigen wir **Harry Piel** in dem Großfilm
Der König der Sensationen

Im Schlußteil: **Mit dem Klepperboot durch Tirol**
Ufa-Wochenschau Nr. 24 5068

Beginn: **3.30 6.00 8.30 Uhr**

Benachrichtigung.
In dem Hoford über
das Vermögen des Kauf-
manns Karl Denner, jetzt
Baden-Baden, soll die
Schlußverteilung erfol-
gen. 5059
Dazu sind verfügbar
RM. 200.89

Zu berücksichtigen sind
bevorrechtigte Forderungen
gemäß § 61 Ziff.
1 Z. O. mit RM. 542.29

Das Schulverzeichnis
liegt auf der Geschäfts-
stelle des Amtsgerichts
Karlsruhe A 10 zur Ein-
sicht an.

Der Kommissar
Dr. Siegel,
Rechtsanwalt.

BILLIGE BETTWAISCHE

Bettmatt	130 breit, gestreift und gebäumt	Mtr. 1.45	0.95
Crelonne	150 breit, für Oberbett- tücher	Mtr. 1.45	0.95
Halbleinen	150 breit, für Unterbett- tücher	Mtr. 1.95	1.45
Renforce	für Kopfkissen, feste Ware	Mtr.	0.75
Nessel	164 breit, für Unterbetttücher	Mtr. 1.25	0.75
Kopfkissen	glatt, ca. 80x80	Stück	0.75
Unterbettuch	140x220, Haustuch	Stück	3.25
Oberbettuch	150x250, Stuhluch mit Hohlraum	Stück	4.45
Damasbezug	130x180, gestreift u. gebäumt	Stück	5.75
Betikattung	80 breit, für Kopfkissen	Mtr.	0.85
Inlett	130 breit, echt rot	Mtr.	1.75
Inlett	80 breit, echt rot	Mtr.	1.45
Bettfedern	grau	Pfund	0.95

Schmoller

Brauerei Kuttlenkreuz



St. Martinsbier

**Badisches
Landestheater**
Freitag, den 19. Juni
*F 29
(Freitagmiete)
Th. Gem. H. S.-Or.
**Die geliebte
Stimme**
Oper von Weinberger
Dirigent: Schwarz.
Regie: Bräuha.
Mitwirkende: Grün-
wald-Schierl, Haber-
korn, Weiling, Ribinus,
Falte, Rainbach, Riefer,
Vöber, Reutwig, Derner,
Schöb, Lin, S. Ribinius.
Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise C (1.00-7.00 Mk.)
1224

Sa. 20. 6. Zu kleinen
Bresen: Der lustige
Krieg. Sa. 21. 6. Neu
einstudiert: Boris Go-
dunow. Im Konzert-
haus: keine Vorverkauf.

Stadtgarten
Samstag, 20. Juni
von 16-18 1/2 Uhr:
**Nachmittags-
Konzert**
ausgeführt vom Phil-
harmonischen Orchester
unter Leitung von
Musikdirektor Emil
Jergang. 1225

Schneidernähmaschine,
Singer, fast neu, 75 Mk.,
mit voller Garantie.
Juni Kart hochrentabel
Staab, Herrenstr. 6

Herren- und Damenbad
10 u. 12 u. 28 u. 50. 912R.
Werner, Schäferstr. 69

Küchen
Ippobillig, 1. Qualität.
S u n i k, Röhlinger-
str. 77 (h. Gef. w. Knopf)

**Weil
Sie
kaufen
sollen,
bieten
wir Ihnen
diese
Qualitäten
zu
diesen
Preisen!**

DAMEN-KLEIDUNG

Kleider	Mäntel
Sportkleider, gestreift Popeline, in Pastell- farben und weiß, oder Washkleider aus ver- schiedenen Stoffen	Georgette-Kleider mit Unterkleid, Complots aus Kunstseide, oder aparte Nachmittags- kleider
4⁹⁵	29⁷⁵
Washkleider aus Vistralinen, Kunst- seide bedruckt, oder Noppenstoffen	Damen-Mäntel, dun- kelblau, ganz gefüttert, z. T. mit Pelz-Besatz
8⁷⁵	16⁷⁵
Marocaine-Kleider aus einfarbig. Kunstseide, Wollmuffel-Kleider für starke Damen, oder Voile-Kleider in apar- ten Farbstellungen	Damen-Mäntel in fescher Verarbeitung, mit Hermelinkanin be- setzt, ganz gefüttert
14⁷⁵	19⁷⁵
Marocaine-Complots aus bedruckter u. ein- farbiger Kunstseide, Kleid mit Jacke, oder Kleider für den Nach- mittag	Damen-Mäntel, aparte Ausführung in Woll- Georgette, mit Pelz- besatz, ganz gefüttert
19⁷⁵	29⁷⁵

Herrmann TIETZ Karlsruhe

**Freier Turn- und Sportverein
e.V. Daxlanden**
Am 20. und 21. Juni lezht der
Verein auf seinem Turn- und
Spielplatz sein
2-jähriges
Bundesjubiläum
wozu wir die ganze Arbeiter-
schaft von Karlsruhe und Um-
gebung freundlichst einladen.
Eintritt frei! Der Turnrat.

Billige Kalbfleischtage!
Verkauf für diese Woche (Freitag u. Samstag)
Kalbfleisch zum Braten RM. 1.- pro Pfd.
Kalbfleisch zum Einmach. — 95
Joh. Kalbfleisch (hoch. Brat.) — 70
oder Eihäufelch — 65 bei 2
Metzgerei Oesterlin, K. Mühlburg
Rheinstraße 13 — Telefon 726.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Kaiserstr. 32, 85 IV.
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im Kaffee-
Nowak, jeden Mittwoch unter den Linden
Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.



Eingetroffen weitere Waggons
**italienische
Kartoffel**
gelbfleischige Ware

3 Pfund 35

Kopfsalat . 3 Kopt **20**

Ein Posten Italiener
grüne Bohnen Pfund **18**
in Körben
von ca. 6 Pfund **1.00**

1 Waggon Holländer
Schlangengurken **85**

Unfere 4. Oststadt-Filiale
Georg-Friedrich-Str. 2
Ecke Karl-Wilhelm-Str. 20
ist eröffnet!

Pfañkuch

Pfannkuch-Waren heißen sparen
5% Rabatt

**Friedl Haerlin, Walter Janssen, Otto Wallburg
Carl L. Diehl u. a.**

in der großen Ausstattungsoperette
nach Marchand's verfilmtem Roman

Die Frau einer Nacht

Beginn **5.00** Sonntags
7.00 ab
9.00 3 Uhr

Die Königin einer Nacht

Palast-Lichtspiele

Herrenstraße 11 5061 Telefon 2502

Spelezzimmer
Wir haben von einem
Lehrer ein Wohnzim-
mer in Zahlung ge-
nommen. Das Zimmer
ist Eiche und besteht
a. 1 Buffet, 1 Credenz,
1 Aussichtsich, 4ech,
Lederstühle. Wir bie-
ten Ihnen **285.-**
dieses zu
an. Wenn Sie sich
später ein neues Zim-
mer zulegen, nehmen
wir dies wieder zum
vollen Preis in Zahlung.
Berücksichtigen Sie
bitte unsere günsti-
gen Angebote

**möbelhaus
Carl Baum & Co.**
Erdbrunnenstraße 20
Kein Laden. 474
Ständiges Lager über
100 Zimm. u. Küchen
Teilzahlung.

Wohlfahrtsvereine, 1931
Bereitsfahrten
u. sonstige Fahrten in ge-
deckt. Schnellfahrwagen
bei billiger Berechnung
Singer, Bagelb.
Teleph. 6534.

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 3.— 133
von Apoth. C. Trautmann, Basel. Haus-
mittel ersten Ranges für alle wunden
Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand
Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen,
Sonnenbrand. **Nachahmungen** zurück-
weisen. In den Apotheken zu haben

Kaffee Bauer
Heute Freitag 16 Uhr nachmittags
Elite-Konzert
der Kapelle Franz Oseneo

Einlage: [Sokolow] [Eccles]
Barcarolle für Cello
Courante
Solist: Karl Schollenberg

20.30 Uhr abends
**Operetten- u. Schlager-
Abend**

KÖLN-DUSSELDORFER

Eine
**Rheinfahrt
lockt!**

Kaffee-Abend
Jeden Samstag und
Montag ab 15.15 bis 19.15 Uhr
und Kursfahrten nach Fahrplan

Jeden Samstag und
Sonntag ab 19.45 bis 21.45 Uhr

Anlegestelle: Nordbecken im Rheinhafen.
Kartenvorverkauf durch Verkehrsverein (Kaiser-
straße, Ecke Ritterstraße) und Vorverkaufsstel-
len. Für Samstag nachmittags bereits
ausverkauft. 1424

Das Stoffbüro der Reichsbahndirektion Karlsru-
he verleiht **Wittwuch, 24. 6. 31**, be-
ginnend 7.30 Uhr, gegen Vorzahlung im Ge-
rätchenpflager Karlsruhe, alter Verlonenbahn-
hof, Eingang Mühlener Straße, alte Geräte,
darunter: Schraubstöcke, Werkzeuge, Anbohrer,
Lische, Bänke, Almetalle, Abfallholz, Holzhaare,
Seegras, alte Schulbücher, Schreibmaschinen.